



Haushaltsplan 2009

Reden der Vorsitzenden
der im Rat der Stadt Velbert vertretenen Fraktionen
in der Sitzung des Rates am 31. März 2009

Inhaltsverzeichnis:

Seite 3	CDU-Fraktion
Seite 11	SPD-Fraktion
Seite 16	Fraktion „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“
Seite 21	Fraktion „UVB“
Seite 24	Fraktion „SLB“
Seite 33	Fraktion „Die Linke“

Impressum:

Herausgeber: Stadt Velbert, Stabsstelle Kommunikation, Hans-Joachim Blißebach, Pressesprecher, Telefon (02051)26-2207Thomasstraße 1, 42551 Velbert

Hinweise:

1. Für den Inhalt der von den Fraktionen zur Verfügung gestellten Reden sind die Fraktionen verantwortlich.
2. Bei den Reden gilt zudem immer das gesprochene Wort, wobei die Rede der Fraktion „SLB“ nicht gehalten wurde, sondern nur zur Sitzungsniederschrift gegeben wurde.
3. Die Rede der Fraktion „Velbert anders“ liegt nicht vor.

CDU - Fraktion

Manfred Bolz (Vorsitzender)

Übersicht

1. Einleitung
2. Schule und Ausbildung
3. Kinder und Familie
4. Arbeit, Wirtschaft, Innovation
5. Gesundheit
6. Mehr Lebensqualität für Ältere schaffen
7. Integration in Velbert voranbringen, Gemeinschaft der Kulturen
8. Velbert entwickelt sich städtebaulich
9. Velbert bewegt sich – Sport
10. Weitere große Aufgaben

Chancen für Velbert nutzen: Gemeinsam und nicht anders

1. Einleitung

Ca. 86.000 Menschen leben heute in Velbert. 2020 werden es rund 82.000, 2050 werden es vermutlich noch sehr viel weniger sein. Wir werden einen Bevölkerungsrückgang nicht aufhalten können, aber unsere Aufgabe ist es, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und alles dafür zu tun, dass sich der Rückgang nicht zu dramatisch entwickelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit diesen Sätzen habe ich im vergangenen Jahr meine Haushaltsrede begonnen. Diese Feststellungen sind und werden nach wie vor aktuell sein und sollten unser Handeln in diesem und in den nächsten Jahren beeinflussen. Dass dieses Handeln alle kommunalpolitischen Handlungsfelder betrifft, werde ich an den entsprechenden Beispielen versuchen zu verdeutlichen. Trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation unserer Gemeinde müssen wir langfristig denken und dürfen kurzfristigen Forderungen nicht ohne strenger sachlichen und wirtschaftlichen Prüfungen nachgeben.

Meine Damen und Herren,

Ich glaube zu Recht sagen zu können, dass die Rahmenbedingungen unter denen wir über den Haushalt zu entscheiden haben - bei allem Optimismus - noch nie so beunruhigend waren. Massive Störungen im Finanzsystem führten zu Finanzierungsproblemen in Unternehmen und privaten Haushalten. Die weltweite Konjunktur kühlte dramatisch ab. Insbesondere im produzierenden Gewerbe brach die Auftragslage ein. Wie die Unternehmen darauf reagiert haben, spürten viele Velberterinnen und Velberter am eigenen Leibe. Überstunden wurden abgebaut, Leiharbeiter gar entlassen! Kurzarbeit haben viele lokale Unternehmen auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren,

die weltweite Finanzkrise ist in Velbert spürbar angekommen, spürbar bei unseren Mitmenschen und spürbar auch im Haushalt der Stadt Velbert womit ich beim eigentlichen Thema angekommen bin!

Wir haben heute über die Haushaltssatzung der Stadt Velbert für das Haushaltsjahr 2009 zu entscheiden. Im Gegensatz zum Haushaltsplan Entwurf hat sich der Ergebnisplan nochmals um 3,3 Mio. Euro auf nunmehr 17,3 Mio. Euro im Saldo verschlechtert. Dieses resultiert im Wesentlichen aus der Anpassung der Gewerbesteuerschätzung, die um rund 4,8 Mio. Euro geringer ausfällt als noch im Haushaltsplan erwartet. Ich halte die Reaktion auf die anhaltende Krise für richtig, wenn auch immer noch für sehr optimistisch. Insbesondere die Risiken der kommenden Jahre sind noch nicht abzuschätzen. Wie entwickelt sich neben der Gewerbesteuer der kommunale Anteil der Einkommenssteuer? Insgesamt reden wir auch hier über ein Volumen von über 30 Mio. Euro. Die steigende Zahl der Erwerbslosen wird perspektivisch auch in diesem Bereich zu sinkenden Erträgen führen können. Mehr Erwerbslose bedeuten aber nicht nur einen geringen kommunalen Anteil an der Einkommensteuer, sondern unweigerlich auch eine höhere Belastung des städtischen Haushalts über die Kreisumlage.

Die Sozialausgaben des Kreises werden m. E. ebenfalls steigen. Dieses führt über die Umlagefinanzierung des Kreishaushaltes unweigerlich zu Mehrausgaben der Stadt Velbert. Als Fazit kann man -so meine ich- festhalten, dass die Ertragslage uns nicht unbedingt positiv in die Zukunft blicken lässt. Mit diesem Haushalt zeigen wir deutlich wie verantwortungsvoll wir mit den städtischen Finanzen umgehen.

In einem Kommunalwahljahr ist es mit Sicherheit für alle Kommunalpolitiker nicht einfach Leistungseinschnitte, den Verzicht auf geplante Investitionen oder Gebührenerhöhungen zu verkünden. Aber verantwortungsvoll zu agieren heißt das Gemeinwohl über Einzelinteressen zu stellen und ich glaube gerade das beweisen wir mit diesem Haushalt.

Meine Damen und Herren,

Mit dem zahlenmäßigen Rückgang, wie bereits zu Beginn angesprochen, geht eine Änderung der Altersstruktur unserer Einwohner einher. Das Bild der Alterspyramide, welches für eine große Zahl junger Menschen und eine vergleichsweise geringe Zahl sehr alter Menschen stand, ist nicht mehr zeitgemäß. Die Pyramide steht förmlich Kopf. Damit verbunden sind für uns Unsicherheiten in der Entwicklung unserer Zukunft, aber die Erkenntnis birgt auch Chancen für Velbert. Wir entwickeln uns nicht nur hin zu einer zahlenmäßig kleineren und älteren Gesellschaft, sondern auch hin zu einer kulturell vielfältigeren Lebensgemeinschaft. Der Anteil der Menschen, die Wurzeln im Ausland haben, wird größer. Das Gesicht unserer Stadt wird künftig noch stärker von ihnen mitgeprägt, als es bis heute der Fall war. Der demographische Wandel ist für uns alle spürbar geworden. Wenn Sie sich fragen sollten wo?

Ich nenne Ihnen gerne einige Beispiele: Man erfährt ihn in den Schulen, wo die Anmeldungen abnehmen und der Fortbestand der Einrichtungen fraglich wird. Man erfährt ihn am Arbeitsplatz, wo - Gott sei Dank - die Wertschätzung gegenüber älteren und erfahrenen Mitarbeitern wieder Einzug gehalten hat. Man erfährt ihn z.B. in den Betrieben, die sich Gedanken darüber machen, wie sie ihren Mitarbeitern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern können. Man erfährt ihn in den Unternehmen der Schließ- und Sicherheitstechnik, die weit vorausschauend zu planen begonnen haben, wie sie dem Fachkräftemangel in den nächsten Jahrzehnten begegnen können.

Und nicht zuletzt erfährt man ihn in den persönlichen Rentenvorausrechnungen. Politik und Gesellschaft sind aufgefordert, sich für vorausschauende Planungen mit allem Engagement und aller Kraft einzusetzen. Denn eines steht fest: Mit den Rezepten der Vergangenheit, die die Linke jetzt in Ihrem Landesparteiprogramm einfallslos und gefährlich wieder anpreist, ist eine lebenswerte, sichere und gerechte Zukunft nicht zu erreichen.

2. Schule und Ausbildung

Wie nie zuvor sind Bildung und Ausbildung die Voraussetzungen für Wohlergehen und soziale Sicherheit. Wir sorgen dafür, dass jedes Kind und jeder Jugendliche seine Talente entfalten kann. Hier ist das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ ein gutes Beispiel. Kinder und Jugendliche müssen unabhängig eine solide Schulbildung bekommen. Möglichst alle sollen einen Schulabschluss schaffen. Wir werden weiterhin den Weg verfolgen, in Schule und Ausbildung zu investieren und damit mehr individuelle Förderung zu schaffen.

Entscheidend für einen erfolgreichen Lehr- und Lernprozess ist neben der Verbesserung der Unterrichtsqualität und Unterrichtsversorgung vor allem aber auch eine attraktive Gestaltung von Gebäuden und Außenanlagen. Wer z.B. erwartet und fordert, dass sich mehr Schülerinnen und Schüler für Fächer in naturwissenschaftlichen Bereichen begeistern, muss die entsprechenden Voraussetzungen im Lernumfeld schaffen. Dies ist unsere Aufgabe!

Noch im vergangenen Jahr forderte ich an dieser Stelle die Einstellung der notwendigen Haushaltsmittel zur Sanierung der Gebäude und Unterrichtsräume der Städtischen Realschule Kastanienallee. Hier bestand dringender Handlungsbedarf, zumindest die begonnenen Gebäude und Klassenraumsanierungen abzuschließen und nicht behobene Mängel zu beseitigen. Das ist weitestgehend gelungen. Die von uns dann gleichzeitig geforderte vordringliche Abarbeitung der Mängel an allen anderen Velberter Schulen hat durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung, so hoffen wir, eine neue Qualität bekommen.

Die Schullandschaft in Velbert verändert sich. Bis zum Jahr 2015 wird die Schülerzahl in unserer Stadt von aktuell ca. 9300 Schülerinnen und Schülern um rund 10 Prozent sinken. Unser Ziel ist es, trotz dieser Entwicklungen auch kleine Schulstandorte zu erhalten, um eine möglichst ortsnahe und differenzierte Schulversorgung in allen Stadtteilen zu gewährleisten. Unsere Schulpolitik orientiert sich an den Schülerinnen und Schülern, nicht an Ideologien. Im Rahmen dieser Entwicklung hat der Velberter Rat bereits in der Vergangenheit die sinnvolle Zusammenlegung von Grundschulen und den Zusammenschluss der beiden Hauptschulen in Velbert-Mitte beschlossen. Besonders die notwendige Zusammenlegung der beiden Hauptschulen und die damit verbundenen Diskussionen um einen neuen Standort zeigen auf, dass wir, die CDU, zu unserem gegliederten Schulsystem stehen. Ich darf für meine Fraktion an dieser Stelle nochmals verdeutlichen: „Wir stehen zur Hauptschule“, da wir davon überzeugt sind, dass diese Schulform die individuellere Förderung der Schüler gewährleistet. Hierfür ist aber auch eine Anpassung der Unterrichtsbedingungen wie Klassengröße etc. notwendig. Wir sind deswegen auch mit unserer Landtagsfraktion über Marc Ratajczak im Gespräch. Hier werden die Lernvoraussetzungen sicher verbessert.

Meine Damen und Herren,

mit uns wird es auch zukünftig keine Konzentration auf eine Schulform geben, wie es von den Befürwortern der Gesamtschule gefordert wird. Wir sind für ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Schulformen. Unsere Vorbehalte zum jetzt beschlossenen Standort Grünstraße hatten somit auch nicht den Hintergrund, eine neue, gute Hauptschule zu verhindern. Vielmehr sollten wir die Schule belassen, wo die überwiegende Mehrheit der Schülerrinnen und Schüler herkommt, nämlich aus dem Westen von Velbert Mitte.

Diese Situation wird sich in der Zukunft noch verstärken, da der Nordpark in seiner Wohnstruktur durch Abriss der Hochhäuser maßgeblich verändert wird. Ich darf daran erinnern, dass es unser Vorschlag war zu prüfen, ob ein Tausch der Standorte HS Am Baum und Grundschule Fontanestraße und ein damit verbundener Hauptschulneubau am jetzigen Grundschulstandort hätte sein können.

Wie von mir bereits nach der Ratsentscheidung für den neuen Standort der Hauptschule versichert, kann meine Fraktion mit demokratischen Entscheidungen leben. Wir fördern die Verwirklichung der modernen Hauptschule an ihrem neuen Standort. Wir sehen auch hier unsere Verantwortung, die Umsetzung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu realisieren. Wir wundern uns nicht, dass eine große Zahl der Eltern versucht, ihre Kinder an den Gesamtschulen anzumelden. Die Anzahl wird unseres Erachtens dadurch beeinflusst, dass die Gesamtschulen zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt Anmeldungen entgegennehmen können als die anderen weiterführenden Schulen. Weiterhin ist für uns nachvollziehbar, dass Eltern, den scheinbar leichteren Weg zum Abitur nach dreizehn anstatt nach zwölf Jahren wie an Gymnasien anstreben. Hier gilt es, dass zukünftig die Schulformen gleichberechtigt nebeneinander um Schüler werben können. Beeinflussbar durch den Velberter Rat sind jedoch nur die Anmeldezeiträume. Hier muss geprüft werden, ob man nicht wieder zum alten Verfahren - alle Schulanmeldungen erfolgen zum gleichen Zeitpunkt - zurückkehren sollte. Das Thema Abitur nach dreizehn Jahren an der Gesamtschule anstatt zwölf an den Gymnasien ist ein Landesthema. Es wird von uns mit Sicherheit weiter verfolgt werden.

Insbesondere der Ausbau der Ganztagschulen - hier wurde bereits durch unsere Initiative die HS Am Baum ins Landesförderprogramm aufgenommen - verbessert die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler nachhaltig. Von daher begrüßen wir natürlich die Einrichtung des Geschwister Scholl Gymnasiums zur Ganztagschule. Ganztagschulen erlauben eine bessere Rhythmisierung des Unterrichts und erleichtern Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Besondere Bedeutung hat die Einrichtung des Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“, welche allen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme am Schulmittagessen ermöglicht. Hungerige Kinder darf es in unserer Gesellschaft nicht geben, und kein Kind, das von Hartz IV oder in einem einkommensschwachen Haushalt lebt, darf in seiner Teilnahme am Schulleben beeinträchtigt sein.

Die vermehrte Einführung von Ganztagschulen wird große Erleichterung bringen. Unser Antrag zur Einrichtung von Mensabereichen in den Schulen im Rahmen der Erstellung eines soeben geforderten Masterplanes zu Schulsanierungsmaßnahmen muss bei Einsatz der Mittel aus dem Konjunkturpaket 2 berücksichtigt werden. Allerdings vermuten wir hier die Gefahr einer Doppelförderung und sollten die genauen Richtlinien der Förderung abwarten.

3. Kinder und Familie

Die CDU ist und war die Partei der Familien. Die Kinder- und Familienfreundlichkeit unserer Stadt wird oft zitiert. Wir haben z.B. in der Betreuung den Wandel der Zeit erkannt: Immer mehr Eltern müssen oder wollen die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu immer mehr Zeiten auf andere Menschen übertragen. Weil Kinder unser höchstes Gut sind, bedeutet das: Es steigen nicht nur die Anforderungen an die Einrichtungen wie Kitas und Schulen, auch die Professionalität der Erzieher und Betreuer wird immer mehr gefordert. Die Verwirklichung solcher Erkenntnisse kostet Geld.

Die CDU konnte immer wieder Mehrheiten garantieren, wenn es um den Ausbau der U3-Betreuung, den Offenen Ganztags oder den Ganztagsbetrieb in Schulen ging. Dabei streben wir das Ziel an, die Nutzung dieser Angebote beitragsfrei zu stellen. Das ist die Konsequenz des gesellschaftlichen Wandels: Alle müssen für die Kinder sorgen, die unsere Zukunft sind, ob arm oder reich, ob mit Kindersegen oder ohne!

Nun ist Velbert nicht die Insel der Seligen, schon gar nicht in finanzieller Hinsicht. Krisen ereilen uns immer wieder. Und wenn's im Automobilbereich kriselt, trifft es uns sogar gewaltig. Und da kommt es dann zu solchen Widersinnigkeiten: Die CDU will die Beitragsfreiheit der Betreuung und kann sich doch einer leichten Erhöhung der Elternbeiträge nicht widersetzen. Wenn man dann erklärt, dass diese geringe Erhöhung das kleinere Übel ist, weil bei einem Nothaushalt sicher die Verdoppelung der Beiträge anstünde, dann wundert man sich, dass Ratsmitglieder, die es besser wissen müssten, die Investition für ein Sportzentrum dagegen zu setzen versuchen. Wir werden weiter alles tun, was auf örtlicher Ebene möglich ist, wenn es darum geht, jungen Menschen die Entscheidung für Familie und Kinder zu erleichtern. Wir stehen mit unseren Angeboten in Velbert in der ersten Reihe, und wir haben es vor allem geschafft, diese Entwicklung im städtischen Haushalt abzusichern. Luftnummern waren nie unser Angebot!

Wir haben für diese Arbeit verlässliche Partner in den Jugendhilfeträgern und setzen auch in Zukunft auf das Subsidiaritätsprinzip. Wir konnten in Gesprächen erleben, dass die große Skepsis gegen Kibiz umgeschlagen ist in einen Wettlauf zur zügigen Umsetzung. Wir werden auch in Zukunft versuchen, durch Gespräche mit Betroffenen Klarheit zu schaffen und Anregungen zu geben. Dies bewirkt mehr als die Trauerformel: Da ändert man sowieso nichts dran! In diesem Zusammenhang will ich ausdrücklich das Engagement und den Fleiß unseres Landtagsabgeordneten Marc Ratajczak loben, der nicht nur in diesem Themenfeld einfallsreich und mit großem Erfolg für unsere Stadt wirkt. Wir sind auf dem richtigen Weg! Und die CDU wird diesen Weg auch in der Zukunft konsequent weitergehen! Denn über eines sind wir uns alle einig - da bin ich mir sicher: Kinder haben und erziehen ist – bei aller Belastung – ein sinnstiftendes Glück!

4. Arbeit, Wirtschaft und Innovation

Der demografische Wandel bringt in der Arbeitswelt dramatische Verschiebungen in der Altersstruktur der Beschäftigten mit sich. Bereits bis 2015 wird mehr als jeder dritte Erwerbstätige über 50 Jahre alt sein. Die Anzahl der Erwerbsfähigen im Alter von über 50 Jahren wird dann etwa doppelt so hoch sein wie die der Erwerbsfähigen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Die stärksten Geburtenjahrgänge nach dem 2. Weltkrieg sind heute zwischen 50 und 55 Jahre alt. In 10-15 Jahren stehen diese Mitbürger nicht mehr im Berufsleben. Die Menschen, die deren Aufgaben übernehmen sollen und müssen, sind bereits heute geboren, und man kann absehen, dass die Kinder unserer Zeit diese Aufgaben zukünftig zahlenmäßig nicht übernehmen können.

Bereits heute fällt es den Unternehmen in Velbert und im Bereich der Schlüsselregion schwer, qualifizierte junge Mitarbeiter zu gewinnen. Im Hinblick auf die soeben beschriebene Bevölkerungsentwicklung wird sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt noch verschärfen.

Unter Berücksichtigung der absehbaren Entwicklungen bekommen Bildung und Weiterbildung eine zentrale Schlüsselrolle für die Beschäftigungsfähigkeit. Wir sind dabei, eine Infrastruktur für lebenslanges Lernen auf- und auszubauen. Die VHS Velbert/ Heiligenhaus nimmt dabei eine zentrale Rolle ein. Bereits im vergangenen Jahr habe ich betont, dass die Suche nach einem zentralen Standort für die VHS eine wichtige Aufgabe der Stadtplaner sein muss. Nachdem die Bemühungen um Investoren und Betreiber eines Hotels nach erfolgloser, europaweiter Ausschreibung ad acta gelegt sein dürften, kann jetzt zügig eine Umplanung des Innenstadtbereiches rund ums Forum erfolgen. Landesweit beispiellos ist die hervorragende Kooperation der Städte Velbert und Heiligenhaus in unterschiedlichen Bereichen:

So bei privaten Unternehmen der Schließ- und Sicherheitstechnik, so zwischen der Universität Wuppertal und der Fachhochschule Bochum. Wichtige Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft konnten so geschaffen werden. Besonders interessant dürfte hier das Angebot mit dem Standort Heiligenhaus sein. Ein duales Angebot – „Studieren und Arbeiten“ – das die Nähe zu Velberter und Heiligenhauser Unternehmen bietet!

Wir sehen die Zukunft unserer Stadt in genau dieser kreativen Ökonomie, die durch die enge Verzahnung von Industrie und Wissen gekennzeichnet ist. Kreative Ökonomie betont, dass es einen engen Zusammenhang gibt zwischen technologischer Innovation und den kulturellen Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftsstandortes. Genau diese neue Form des vernetzten Denkens einer ganzen Branche gibt die Kraft für Innovationen und stärkt den Standort „Schlüsselregion Velbert/Heiligenhaus“.

5. Gesundheit

Die langfristige Sicherung der medizinischen Infrastruktur in Velbert ist nach wie vor eine der großen Zukunftsaufgaben für uns Kommunalpolitiker. Wir wollen nicht, dass Arzt- und Krankenhausbesuche zu beschwerlichen Tagesreisen werden. Ärztliche Versorgung muss für Ältere und Alte in zumutbaren Entfernungen bereit stehen.

Dazu ist es notwendig, dass alle, die in diesem Bereich Verantwortung tragen, aktiv und konstruktiv mitwirken. Die Guerilla-Politik von politischen Gruppierungen, leider auch hier aus dem Rat, in Fragen zum Klinikum Niederberg schürt vorsätzlich - vor allem bei dem Krankenhauspersonal - Existenzängste.

Wer meint, dass die Existenz des Klinikums Niederberg bei dem allgemeinen Kliniksterben ohne neue Ideen und unter Umständen auch Schmerzen für Personal und Politik möglich ist, hat nicht verstanden, dass es ohne einschneidende Veränderungen keine existentielle Sicherung des Klinikums geben wird. Wer dann auch noch erklärt, dass es bei der Sanierung des Klinikums lediglich um Gewinnoptimierung geht, hat nicht verstanden, worum es geht.

Es gilt für mich an dieser Stelle, dem Personal des Klinikums Dank zu sagen. Die Aufregung, die durch die Kommunalpolitik teilweise gezielt in der Öffentlichkeit verbreitet werden sollte, wurde von dort nicht angenommen. Gespräche mit der Geschäftsführung und den Mitarbeitern zeigen vielmehr auf, dass man die Situation versteht und weiterhin bereit ist, aktiv an dem Erhalt des Standortes mitzuarbeiten. Es wurde bereits viel erreicht, aber es bleibt auch noch viel zu tun.

6. Gemeinschaft der Kulturen – Integration in Velbert voranbringen

Diese Überschrift ist meiner Haushaltsrede nicht neu. Da aber immer noch aktuell, habe ich sie so stehen lassen.

Meine Damen und Herren!

Wir stehen für eine Integrationspolitik, die fördert und fordert. Einigendes Band für ein gedeihliches Zusammenleben ist dabei unser klares Bekenntnis zu unserer Verfassung und ihrer Wertordnung. Wir wollen Integrationskultur gestalten, indem wir unseren Fokus auf die Steigerung der Bildungsbeteiligung legen und somit die Chancen einer zukunftsgerichteten Politik nutzen. Gerade im demografischen Wandel ist es nötig, das Potenzial jedes Menschen, der in unserem Land lebt, zu fördern.

Die Tatsache, dass die Bevölkerung einerseits immer älter wird, und andererseits ein großer Teil der Kinder eine Zuwanderungsgeschichte haben, zeigt, dass Integrationspolitik eng mit dem demografischen Wandel zusammenhängt. Wir brauchen jetzt - und verstärkt noch in der Zukunft - alle die Kinder ausländischer Mitbürger in unserem Wirtschaftsleben. Konkret bedeutet dies u. a., bereits im Kindesalter mit Sprachfördermaßnahmen anzusetzen, denn der wichtigste Schritt auf dem Weg zu gelungener Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Das Nichtbeherrschen der deutschen Sprache führt in der Regel zu Missverständnissen, die sicherlich einen Teil der Spannungen zwischen den Jugendlichen verursachen. Darüber hinaus sollen Kinder von Zuwandererfamilien von Anfang an die Werte unseres Grundgesetzes, unseres Zusammenlebens und unserer Gesellschaftsordnung vermittelt bekommen.

Ihnen muss das Gefühl gegeben werden, in unserem Land willkommen zu sein. Nur ein Kind, das sich in Deutschland zu Hause fühlt, wird als Erwachsener unsere Gesellschaft mittragen und mitgestalten. Dies bedeutet aber, dass wir auch hier verstärkt die Eltern der Kinder davon überzeugen müssen, dass es eine positive berufliche und gesellschaftliche Entwicklung ihrer Kinder nur geben kann, wenn sie uns bei unseren Bemühungen unterstützen.

7. Velbert - Sport, Freizeit und Vereine

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich verzichte an dieser Stelle bewusst darauf, die Diskussion der letzten Wochen zum Thema Sportzentrum zu wiederholen. Es gibt weitere Themen, die – wenn auch nur kurz – angesprochen werden sollten.

Wie in der Vergangenheit oft genug dargelegt, steht die CDU Fraktion zu ihrer Aussage, dass wir uns auch weiterhin dafür einsetzen werden, allen Sportvereinen eine gute Sportstätte zur Verfügung zu stellen. Dass dies nur im Rahmen gewisser finanzieller Möglichkeiten erfolgen kann, ist selbstverständlich. Aber auch in diesem schwierigen städtischen Haushalt finden Sie leicht unsere Positionen, die unsere Bestrebungen nach Verbesserungen verdeutlichen.

Die Idee - die wir gemeinsam mit der CDU Heiligenhaus entwickelt haben - die historische Bahntrasse durch die Errichtung eines Radweges Velbert- Heiligenhaus- Wülfrath langfristig zu sichern, ist bei der Bevölkerung auf unglaublich gute Resonanz gestoßen. Zwischenzeitlich sind wir ein großes Stück vorwärts gekommen. Die Bahntrasse auf dem Gebiet in Velbert wurde von der TBV erworben, und die ersten Arbeiten zur Verwirklichung der Idee wurden begonnen.

Als nächstes besteht die Hoffnung, dass auch der Bikerpark unter der Saubrücke in Angriff genommen werden kann. Die Errichtung eines Kletterparks auf dem Hordtberg wird die Attraktivität Langenbergs erhöhen und weitere Besucher in die Altstadt ziehen. Wir haben Verständnis für die Bedenken der Anwohner des Hordtberges. Wir sind aber davon überzeugt, dass die ca. 250 zusätzlichen Besucher, die pro Tag prognostiziert werden, zumutbar sein werden.

Ein großes Thema aus der Vergangenheit werden die Sanierungsnotwendigkeiten in den Sporthallen sein. Ich hoffe, dass wir mit den angekündigten Geldern aus dem Konjunkturpaket 2 einen Schritt weiter kommen werden.

8. Weitere große Aufgaben

Bei der Festlegung der Themen für diese Haushaltsrede stand – wie jedes Jahr – die Vielzahl der kommunalpolitischen Aufgaben vor meinem geistigen Auge. Ich konnte und wollte aber – wie man so schön sagt – „nur einen Tod sterben“. Unter dem Druck der zur Verfügung stehenden Zeit mussten somit eine Reihe von Themen weichen, die ebenso wichtig für die Entwicklung unserer Stadt sind, wie die von mir aufgeführten Bereiche. Wenn ich sie somit nicht ausdrücklich aufgeführt habe, so sind die Themenbereiche Bürgerhaus Langenberg, Schloss Hardenberg, Innenstadtentwicklung und Stadthalle Neviges, Stadtplanung etc. selbstverständlich nach wie vor im Fokus unserer Fraktion!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die CDU Fraktion stellt immer wieder in den internen Diskussionen das Gemeinwohl vor einzelne Interessen und Anschauungen. Meine Fraktion war bei den großen beschlossenen Projekten die Strittig diskutiert wurden, ein Garant für die notwendigen Mehrheiten. Würde die CDU Fraktion so verfahren, wie es andere Fraktionen handhaben, Abstimmung frei zugeben in der Gewissheit, dass wir schon die notwendigen Mehrheiten stellen, wären Zukunftsweise Projekte nicht zustande gekommen.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich mich beim Bürgermeister, bei den Beigeordneten, bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die auch im Jahr 2008 wieder gute Zusammenarbeit bedanken.

Wir haben es miteinander nicht immer einfach, abergemeinsam, nicht anders werden wir es für Velbert und unsere Mitbürger schaffen!

SPD - Fraktion

Ralf Wilke (Vorsitzender)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sehr verehrte Damen und Herren,

ein Rückblick auf die Haushalte der Stadt in den fünf Jahren dieser Amtsperiode bewahrheitet den Spruch „Das dicke Ende kommt noch“. Während bei Einbringung des Entwurfs durch den Kämmerer im Dezember 2008 die Finanz- und Wirtschaftskrise schon kräftig wetterleuchtete, stehen wir heute mitten im Regen: Die Einnahmeerwartung bei der Gewerbesteuer, einer unserer wichtigsten Geldquellen, wurde um 4,8 Millionen Euro reduziert, das sind fast 11 Prozent. Unter dem Strich kommt es zu einem Defizit von 17,3 Millionen Euro. Ein Haushalts sicherungskonzept ist notwendig, das war schon im Dezember klar. Jetzt droht unmittelbar der Nothaus halt, der uns von Genehmigungsbehörden und ihren Entscheidungen abhängig macht und uns die Gestaltungskraft in eigener Sache nimmt. Wir Sozialdemokraten wollen dies nach Kräften verhindern und sind deshalb auch zu schmerzlichen Entscheidungen bereit. Dies wird im weiteren Verlauf meiner Ausführungen noch deutlich. Wir unterscheiden uns damit von anderen politischen Kräften auch hier im Hause, die mit wohlfeilen populistischen Sprüchen nach der Manier „Steuern und Gebühren runter, Leistungen rauf“ der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen. Auch der bloße Verweis auf strukturelle Probleme des Haushaltes ohne konkrete Vorschläge hilft nicht weiter. Uns ist dabei sehr wohl bewusst, dass wir erst am Anfang einer Reihe von schwierigen Etatberatungen und Sparbeschlüssen sind, die die nächsten Jahre bestimmen werden. Dabei stellen wir die Methode des „Rasenmähers“ ausdrücklich in Frage. Strategische Entscheidungen sind erforderlich, „strategische Sparsamkeit“ tut Not. Das macht die Diskussionen nicht einfacher, schärft aber den Blick für das Wesentliche. Dazu gehört sicher unsere wirtschaftliche Entwicklung. Mit der bevorstehenden Betriebsaufnahme des Instituts für Sicherungssysteme der Wuppertaler Universität betonen wir unsere Schlüsselqualifikation im Bereich Schließen und Sicherheit. Die Dependance der Fachhochschule Bochum nimmt im nächsten Wintersemester ihre Lehrtätigkeit in unserer Nachbarstadt auf. Der Standort wird gestärkt, der Dank gilt dabei der Fachabteilung Wirtschaftsförderung und allen anderen daran Beteiligten. Übrigens: Velbert und Heiligenhaus arbeiten hier, und nicht nur hier, in vorbildlicher Weise zusammen. Ich zitiere jetzt aber ausdrücklich nicht Willy Brandt mit einem seiner bekanntesten Aussprüche.

Der Bau der A 44 hat sich durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes verzögert. Viel wichtiger aber ist das grüne Licht, dass in dem Urteil für diese Trasse generell gegeben worden ist. Unsere notwendige Anbindung an die Rheinschiene ist also absehbar. Ich habe übrigens großes Interesse an Steinkäuzen und weiß, dass sie bei der Nutzung ihres Lebensraumes viel flexibler sind als mancher Naturfreund bei seinen Ansichten.

Mit dem neuen Flächennutzungsplan befinden wir uns sozusagen auf der Zielgerade. Schwierige Abwägungsprozesse waren nötig um einen Ausgleich zwischen Freiraumschonung und Entwicklungsmöglichkeiten zu erzielen. Das ist nach Auffassung der Sozialdemokraten an manchen Stellen gut gelungen, beispielsweise an der Hügelstraße und am Esel in Neviges. Ein klares Beispiel für falsche Abwägung sehen wir in Langenberg. Bei der Wilhelmshöhe reißen die Probleme ja auch folgerichtig nicht ab.

Die Entwicklung von Neviges gewinnt hoffentlich an Fahrt. Nach vielen Anläufen, nachdem Vieles zerredet worden ist, zeichnet sich für das Areal rund um das David-Peters-Haus der Wille zur Verbesserung ab. Ich formuliere da ganz vorsichtig, denn die Vergangenheit macht hier nicht nur Mut.

Auch für das Zentrum in Velbert-Mitte gibt es mit den heute gefassten Beschlüssen und anderen Plänen Zeichen positiver Veränderungen. Mit den europaweit ausgeschriebenen Projekten für ein SB-Warenhaus an der Kleestraße und ein Gesundheitszentrum nahe der Post biegen wir gerade auf die letzten Meter ein. Die Nahversorgung innenstadtnah zu stärken wird uns mit dem ersten Vorhaben gelingen. Beim zweiten bündeln wir medizinische Kompetenz im ambulanten Bereich ganz nahe am Stadtkern, die Stadtentwicklung kann davon nur profitieren. Sollte es jetzt auch noch gelingen, den Bereich zwischen Forum Niederberg und Fußgängerzone vernünftig zu beleben, hätten wir große Fortschritte für unsere Stadt gemacht. Dass dabei Planungssünden der Vergangenheit wie das sogenannte Marktzentrum beseitigt werden müssen, versteht sich von selbst. Schade, dass aus dem Hotelprojekt an dieser Stelle nichts geworden ist, aber nach vielen vergeblichen Versuchen mussten wir hier wohl einen Schlusspunkt setzen. Den geplanten Kletterpark in Langenberg unterstützt die SPD ausdrücklich. Der Nahtourismus findet hier in Zukunft ein weiteres interessantes Angebot. Eigeninteressen von Bürgerinnen und Bürgern achten wir dabei nicht gering, sie können aber nur so weit berücksichtigt werden, wie sie dem Gesamtprojekt nicht abträglich sind.

Den öffentlichen Personennahverkehr haben Sozialdemokraten in seiner Bedeutung nie unterschätzt. Unser Antrag für die Schaffung eines zentralen Busbahnhofes in Velbert-Mitte und für die Verbesserung der Anbindung an umliegende Städte unterstreicht das. Dabei wollen wir von einer alten, aber wohl zu Recht nie verwirklichten Idee Abschied nehmen. Die ÖPNV-Achse Oststraße ist nicht mehr unser Ziel, vielmehr wollen wir die Friedrich-Ebert-Straße als Hauptstrecke von Nord nach Süd und von Süd nach Nord nutzen. Ein Knotenpunkt am Willy-Brandt-Platz könnte diese Achse mit den West-Ost-Verbindungen verknüpfen.

Das von der SPD entwickelte Radwegekonzept, ergänzt um die umgebaute Trasse der Bahn, wird unsere Stadt nicht zum Radfahrerparadies á la Münster machen. Das Bergische Land ist eben auch ein bergiges Land. Aber ein solches Angebot ist nicht nur für Einwohner Velberts von Interesse, es stärkt den Nahtourismus. In diesem Zusammenhang: Selbstverständlich gibt die SPD das mittel- bis langfristige Ziel der Reaktivierung der Niederberg-Bahn nicht auf. Die Lösung des Problems dauert den Betroffenen schon viel zu lange.

Die Hauptschulen in Velbert-Mitte arbeiten nun seit Jahren unter schlechten Bedingungen. Dies wurde mir und anderen Kommunalpolitikern bei einem Treffen mit Gewerkschaftsvertretern kürzlich noch einmal deutlich gemacht. Der hier im Rat mit knapper Mehrheit gefasste Beschluss zum Neubau einer Schule an der Grünstraße soll nun in Form eines PPP-Modells verwirklicht werden. Unsere finanzielle Situation hat bei diesem Bau Abstriche nötig gemacht, die ihn aus der Kategorie „vorbildlich“ in die Kategorie „ansehnlich“ gebracht haben. Weniger darf es aber nicht sein! Mit dem Schuljahr 2011/12 kann dann die Hauptschule in einem behindertengerechten, modernen pädagogischen Erfordernissen genügenden Gebäude ihre Arbeit fortsetzen. Die Kolleginnen und Kollegen, mehr noch aber die Schülerinnen und Schüler haben es verdient. Die Anpassung der Schulstrukturen an die demographische Entwicklung haben wir in unserer Stadt bisher ohne besondere Verwerfungen hinbekommen.

Ein Problem bleibt aber, wie seit Jahren, ungelöst: Die städtische und die private Gesamtschule in Velbert müssen jedes zweite Kind zurückweisen, das sich anmelden will. Die Landesregierung verweigert sich jeder Lösung dieses Sachverhaltes, sie finanziert sogar immer noch nicht den Ganztagsbetrieb an der christlichen Gesamtschule. Folge ist übrigens ein erheblicher Auspendlerüberschuss im Schulbereich. Anders gesagt: Wir können vielen unserer Kinder nicht die adäquaten Schulen bieten, sie müssen in Nachbarstädte ausweichen. Das Strategische Zielprogramm fordert hier explizit, bis 2014 einen Einpendlerüberschuss zu erreichen. Ich wiederhole unsere Einschätzung aus der letzten Haushaltsrede und zitiere: „Die Tendenz zu mehr Integration und weniger Separation im Schulwesen, die bundesweit zu beobachten ist, wird auch vor den Grenzen unseres Landes und den Toren unserer Stadt nicht Halt machen. Davon sind wir Sozialdemokraten nach wie vor überzeugt, die Bedingungen dafür werden sich ab 2010 verbessern.“ Schulen in einem ordentlichen Zustande zu erhalten gelingt uns in Velbert nicht immer. Zahlreiche Gespräche mit Eltern und Schulleitern haben uns gerade auch in jüngster

Zeit darauf hingewiesen. Hier müssen wir unsere Anstrengungen, ob mit oder ohne Konjunkturpaket, verstärken.

Mit der Fortschreibung des Medienentwicklungsplans tragen wir Sorge dafür, dass die Ausstattung mit neuen Medien für unsere Schülerinnen und Schüler nicht nur gut ist, sondern auch gut bleibt. Jeder weiß: hier ist Stillstand absoluter Rückschritt, eine kontinuierliche Erneuerung der Computer zum Beispiel ist notwendig. Im letzten Jahr hat der Schulausschuss einstimmig eine Angleichung der Gebühren für die offene Ganztagschule an die Kindergartengebühren beschlossen. Die unsoziale Beitragsstaffelung (schon bei 28.000 Euro Jahreseinkommen brutto ist der Höchstbetrag fällig) sollte damit überwunden werden. Leider fand sich im Fachausschuss dafür in diesem Jahr keine Mehrheit, vielmehr wurde ein Vorschlag der Verwaltung angenommen. Danach zahlen Eltern bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von 50.000 Euro weniger oder gleich viel wie bisher, besser Verdienende jedoch mehr. Aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung, dem wir daher folgen werden.

Flexibel zeigte sich einmal mehr die Volkshochschule. Mobilität haben wir von ihr ja schon früher erwartet, mehrfach wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Gebäude als Standorte der VHS genutzt und wieder aufgegeben. Zuletzt stand der Umzug in die ehemalige Hauptschule am Baum an, dafür musste die Pestalozzi-Schule aufgegeben werden. Es wird dringend Zeit, dieser wichtigen Weiterbildungseinrichtung weitere Zersplitterung zu ersparen und sie an einem zentralen Standort in der Velberter Innenstadt zusammen zu fassen. Neuere Überlegungen dazu werden ja zurzeit angestellt. Damit ist selbstverständlich nicht an die Aufgabe der Arbeit in den Ortsteilen Langenberg und Neviges gedacht.

Der Stadtbücherei unter neuer Leitung werden wir mit diesem Haushalt direkt ein besonderes Päckchen zu tragen gegeben. Die Erhöhung der Benutzungsgebühren löst keine Freude aus. Ich erinnere mich genau an die Diskussionen bei der ersten Einführung der Gebühren. Gerade wir Sozialdemokraten hatten damit erhebliche Probleme. Die Entwicklung der Bücherei in der Folgezeit haben wir daher sehr genau verfolgt. Unsere Befürchtung, die Leserinnen und Leser könnten verschreckt werden, hat sich nicht bestätigt. Auch die moderate Erhöhung jetzt wird sicher niemand von der Nutzung unserer Bibliothek abhalten. Dazu ist das Angebot auch einfach zu gut. Unsere Musik- und Kunstschule leistet sehens- und hörensweite Arbeit. Davon kann sich jeder Interessierte bei vielfältigen Gelegenheiten überzeugen. Grundlage dieses Erfolges ist sicher auch die Tatsache, dass hier in Velbert Lehrkräfte fest angestellt sind und nicht, wie in vielen anderen Musikschulen, auf Honorarbasis arbeiten. Wir leisten uns dies, weil wir Qualität wollen (und auch bekommen). Eine Gebührenerhöhung von 2 Prozent, die eigentlich schon für das Jahr 2007 vorgesehen war, erscheint der SPD vor diesem Hintergrund tragbar, wenn auch nicht wünschenswert.

Mit dem Projekt „Musik für jedes Kind“ leistet sich Velbert freiwillig eine wichtige pädagogische Arbeit, die in unmittelbarer Nachbarschaft vom Land unterstützt wird. Wir in der SPD-Fraktion hoffen, dass diese Mitfinanzierung auch uns bald gewährt wird, wir sind ja schon erheblich in Vorleistung getreten. Der Erfolg des Projektes lässt sich an der Teilnahme von vielen Schülerinnen und Schülern gerade aus Stadtteilen mit sozialen Problemen ablesen. Angenehmer Nebeneffekt ist natürlich die Stärkung der Musik- und Kunstschule.

Der Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert hat nach schwieriger Anfangsphase Struktur gewonnen, sowohl personell als auch inhaltlich. Aber weitere Probleme zeichnen sich ab. Der KV BV ruht auf zwei Säulen: dem reinen Kulturbetrieb und dem Bereich Messen und Kongresse. Wie sich die zweite Säule entwickeln wird, wenn das Hotel nicht kommt, ist eine spannende Frage.

Auch der Schwerpunkt Konzerte im Kulturprogramm gerät bei der Lage im Bürgerhaus in Schwierigkeiten. Dort, bei der Wiederherstellung des Bürgerhauses, brauchen wir Unterstützung oder langen Atem. Wir Sozialdemokraten halten an dem Beschluss fest, dieses Haus wieder zur Kultur- und Begegnungsstätte für den Ortsteil und darüber hinaus zu machen. In der von der SPD beantragten Einwohnerversammlung werden wir uns dazu die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger genau anhören. Mit der Hilfe von Land und Bund wird uns die Verwirklichung des Ziels schneller gelingen, wir fordern sie ein. Als ersten Schritt erwarten wir, dass das Land endlich einen frühzeitigen zuschussunschädlichen Baubeginn zulässt. So etwas darf

nicht auf die lange Bank geschoben werden, weil ein Minister sich einmal zu oft fotografieren lässt.

Für das Forum Niederberg stehen umfangreiche Erneuerungen an, die durch die vorliegenden Berichte der Bauaufsicht, des TÜV und der Unfallkasse eine zeitliche Brisanz aufzeigen.

Michael Ende hat die „Unendliche Geschichte“ geschrieben. Dabei kannte er unsere Pläne für ein Sportzentrum gar nicht. Der Titel passt hoffentlich bald auch nicht mehr, denn es wird Zeit, dass aus Papier Realität wird. Nach zahlreichen Planspielen glaubt die Mehrheit dieses Hauses jetzt, eine tragfähige Lösung gefunden zu haben. Aber diesen Glauben hatten wir in der Vergangenheit ja schon öfter. Die große Mehrheit der SPD-Fraktion hält sowohl die Reihenfolge der Bauabschnitte als auch die Ausgestaltung für einen vernünftigen Kompromiss zwischen Wünschenswertem und Bezahlbarem. Handballer, Basketballer, Turner, Gymnasten und Leichtathleten des größten Velberter Sportvereins können sich auf moderne funktionelle Sportstätten freuen. Die Freude werden Tänzer und Skaterhockey-Spieler teilen. Den Fußballern des spielstärksten Clubs wird etwas mehr Geduld auferlegt, aber auch für sie besteht eine klare Perspektive. Ein gutes Signal für Breitensport und Spitzensport, auch wenn die Unkenrufe der Kritiker nicht verstummen wollen. Sie lagen in der Vergangenheit falsch, und auch die Zukunft wird ihnen nicht Recht geben.

Gerade der geplante Bau des Sportzentrums enthebt uns nicht der Verantwortung für einen ordentlichen Zustand der bestehenden Sportstätten. Im Fachausschuss wird darüber fortlaufend diskutiert und berichtet, wir sind dort, um in der Fachsprache zu bleiben, „am Ball“. Nur vernünftige Sportgelegenheiten rechtfertigen die Erhebung von Nutzungsgebühren. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung um 100 Prozent wurde vom Stadtsportbund und seinen Vereinen vehement abgelehnt. Die von der SPD vorgeschlagene Erhöhung um (nur) 50 Prozent fand die Zustimmung des Sportausschusses und auch vieler Vereinsvertreter, einschließlich des Stadtsportbundes.

Noch im letzten Jahr waren wir alle guter Hoffnung, mit den deutschen Meisterschaften im Radsport ein besonderes Highlight für das Jahr 2010 planen zu können. Finanzielle Gründe, vor allem aber das ramponierte Ansehen des Radsportes durch ständige Doping-Vorfälle, haben uns einstimmig zu einer Absage bewogen. Ein trauriges Beispiel, wie eine Sportart sich selbst völlig demontiert. Der Zorn der hier vor Ort tätigen Radsportler ist nur zu verständlich.

Das Klinikum Niederberg, unser Klinikum Niederberg macht auf dem Weg der Gesundheit gute Fortschritte. Leider ist auf Bundesebene das Krankenhausrecht gerade jetzt im Februar verändert worden, was für unser Krankenhaus eine Umsatzeinbuße von 3 Millionen Euro in diesem Jahr bedeutet. So verzögert sich die Sanierung ohne Zutun der Geschäftsleitung, die eine gute Arbeit leistet. Erkennbar ist dies unter anderem daran, dass die wirtschaftlich gebotene Schließung der Küche Anfang nächsten Jahres die Mitarbeiter nicht in die Arbeitslosigkeit entlässt. Eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat ist geschlossen worden, jeder Mitarbeiter wird einen Arbeitsplatz bekommen. Die aus baulichen Gründen notwendige Schließung des geriatrischen Krankenhauses in Neviges bietet für das Klinikum Niederberg neue Chancen. In einer immer älter werdenden Gesellschaft ist Geriatrie ein Wachstumsmarkt im Gesundheitswesen. Zurzeit wird darüber gesprochen, wir auch unser Krankenhaus daran teilhaben kann. Eine Zukunft in kommunaler Trägerschaft, wie wir Sozialdemokraten sie immer vertreten haben, ist nach meiner Einschätzung gewährleistet, auch weil Störmanöver von außen nachgelassen haben.

Mit der Einführung der Ehrenamtskarte, die wir eben beschlossen haben, stärken wir das was wir gerade in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten dringend brauchen: bürgerschaftliches Engagement über eigene Interessen hinaus. Die Freiwilligenagentur trägt dazu mit ihrer erfolgreichen Arbeit erheblich bei. Unser Dank gilt allen, die im Ehrenamt für unsere Stadt tätig sind.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist die Information von Konsumenten eine wichtige Aufgabe. Das Haushaltsicherungskonzept sieht vor, der Verbraucherzentrale in Velbert die städtischen Zuschüsse zu streichen. Wir von der SPD wollen erreichen, dass der Kreis Mettmann hier stärker in die Pflicht genommen wird. Schließlich ist unsere Velberter Beratungsstelle die einzige im nördlichen Kreisgebiet und daher von überörtlicher Bedeutung. Wenn dann bei gesunkenem Velberter Zuschuss die Verbraucherberatung ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann, hilft das nicht nur unseren Bürgerinnen und Bürgern.

Als letztes, und damit besonders betont, wende ich mich dem Bereich Jugend und Soziales zu. Bis 2013 muss die Stadt Velbert ein Mindestmaß an Plätzen in Kindertagesstätten beziehungsweise in Tagespflege für Kinder unter drei Jahren bereit stellen. Nach Berechnungen der Verwaltung sind dazu mehr als 500 Plätze mindestens nötig. Bislang gibt es in unserer Stadt knapp 250 Betreuungsmöglichkeiten für diese Altersgruppe. Für dieses Jahr sollte nach Haushaltsentwurf hier nicht weiter aufgestockt werden. Die noch zu leistende Arbeit und das aufzuwendende Geld wären dann in die Haushalte der nächsten Jahre verschoben worden, die nach allen Vorhersagen sicher nicht leichter zu gestalten sind als der Etat dieses Jahres. Aus Restmitteln des Vorjahres wird es jetzt doch möglich sein, etwa 60 Plätze zusätzlich für das neue Kindergartenjahr zu schaffen. Bleiben für die kommenden Jahre noch 200 zu schaffende Betreuungsplätze, übrigens von der Landesregierung eindeutig als Pflichtaufgabe bezeichnet. Es macht aus Sicht der Sozialdemokraten keinen Sinn, diese Aufgabe vor sich her zu schieben, wir dürfen im Tempo nicht nachlassen.

Einen Beschluss zur Erhöhung der Gebühren für Kindertagesstätten um 10 Prozent wollte die Verwaltung der Stadt vom Rat bekommen. Ausgenommen davon sollten nur die 25-Stunden-Angebote bleiben. Dieses Ansinnen der Erhöhung widerspricht deutlich den Forderungen des strategischen Zielprogramms. Die SPD versteht die Kindertagesstätten als Orte der frühkindlichen Bildung und möchte sie ohne Gebühren nutzbar machen. Wir haben uns deshalb klar gegen ein Ansteigen der Nutzungsentgelte ausgesprochen. Die erst in den letzten Wochen deutlich gewordenen, obwohl vorher schon befürchteten, Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Velberter Haushalt haben bei uns einen intensiven und kontroversen Diskussionsprozess ausgelöst. Als Ergebnis stimmen wir mehrheitlich einem Kompromissvorschlag der Verwaltung zu, in diesem Jahr nur den halben Erhöhungsschritt zu vollziehen. Die Gebühren steigen also um 5 Prozent. Der zweite Schritt, weitere 5 Prozent Anstieg im nächsten Jahr, wird von uns ausdrücklich unter den Vorbehalt gestellt, dass wir bis dahin nicht andere und bessere Konsolidierungsmöglichkeiten finden. Also klar gesagt: Fällt uns etwas Besseres als die weitere Erhöhung ein, werden wir dies als Ersatz vorschlagen. Übrigens ist in diesem Sinne auch die Verwaltung in der Pflicht, denn das Strategische Zielprogramm gilt für uns alle. Die offene Jugendarbeit in unserer Stadt wird im Moment verwaltungsintern auf den Prüfstand gestellt. Eine Umstrukturierung könnte dabei als Vorschlag heraus kommen. Wir von der SPD wollen die Jugendlichen selbst zu Wort kommen lassen. Daher schlagen wir vor, in allen drei Ortsteilen Einwohnerversammlungen speziell für Jugendliche durchzuführen. Bei diesen Jugendversammlungen sollen die Nutzer der Jugendarbeit selbst ihre Wünsche und Anregungen formulieren, um uns eine Grundlage für weitere Beratungen zu geben. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2009 zu. Wir wissen, dass man sich mit den darin enthaltenen Gebührenerhöhungen und Ausgabenkürzungen nicht unbedingt Freunde macht. In einem Wahljahr könnte man versucht sein, anders zu handeln, wie es uns einige Fraktionen hier im Rat ja auch vermutlich vormachen werden. Wir Sozialdemokraten stehen aber zu unserer Verantwortung für diese Stadt. Wir drücken uns nicht. Wir tun das in der festen Überzeugung, dass verantwortliches und gestaltendes Handeln auch in der Bürgerschaft Anerkennung findet. Wir sind sicher, dass populistische Wirklichkeitsferne keine Grundlage für vernünftige politische Entscheidungen ist. Wer darauf setzt, wird bald erkennen müssen, dass er nur mit Zitronen gehandelt hat.

Der Kämmerer und ihrem Chef Sven Lindemann gilt unser Dank für die geleistete vorbereitende Arbeit. Ich fürchte, Ihre Aufgabe wird in der nächsten Zeit nicht einfacher werden. Dem Überbringer schlechter Nachrichten drohte früher ja einiges Ungemach. Seien Sie versichert, die SPD-Fraktion will diese überkommene Praxis nicht wieder aufleben lassen. Noch besser wäre allerdings, es gäbe keine schlechten Nachrichten mehr. Hoffen wir darauf, arbeiten wir daran. Der Philosoph Karl Jaspers sagte: „Die Hoffnungslosigkeit ist schon die vorweggenommene Niederlage.“ Wir sagen: Velbert wird gewinnen!

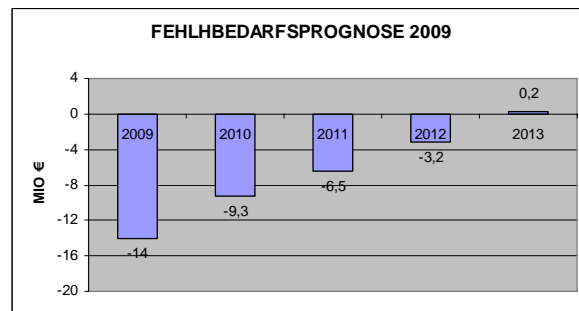
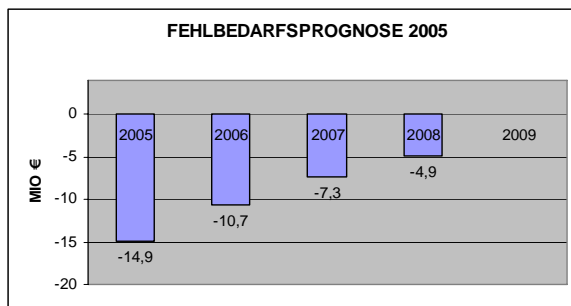
Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ Dr. Esther Krönke (Vorsitzender)

Geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, werte Presse.

Als Erstes bedanke ich mich bei der Kämmerei für die Ausarbeitung des Haushaltes 2009.

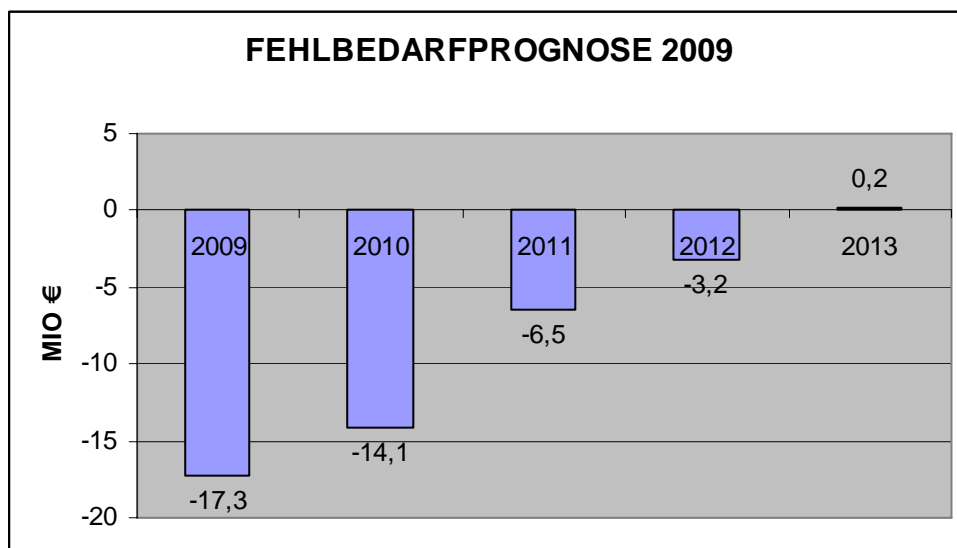
Meine Damen und Herren: hatten Sie schon mal ein Déjà-vu-Erlebnis?

Das Gefühl, eine Situation genau so schon einmal erlebt zu haben? Das müssten Sie eigentlich, denn mein letztes, sehr eindrückliches Déjà-vu-Erlebnis hatte ich hier, hier in diesem Saal mit Ihnen zusammen - Ende letzten Jahres. Die Einbringung des Haushaltes 2009 mit den darin ausgewiesenen Haushaltsprognosen, bzw. die ausgewiesenen Fehlbedarfe für die Jahre 2009 bis 2013. Die Frage die ich mir stellte, wann ich dieses Szenario vorher schon einmal erlebt hatte, konnte ich ganz schnell beantworten. Ende 2004 nämlich bei der Einbringung des Haushaltes für 2005. Um Ihnen zu verdeutlichen, was ich damit meine, habe ich mir erlaubt einige Folien mitzubringen.



Wie Sie unschwer erkennen können unterscheiden sich diese Fehlbedarfprognosen kaum von einander. Nur mit dem Unterschied, dass wir 2005 noch über eine Ausgleichsrücklage und eine allgemeine Rücklage verfügten, und jetzt Erstere völlig verbraucht und die allgemeine Rücklage auch schon stark gemindert ist. Die regierenden Parteien haben also (wenn man den Verkaufserlös der Wohnungsbaugesellschaft herausrechnet) in den Jahren von 2005 bis inkl. 2009 ca. 70 Mio. € an Fehlbedarf generiert. 70 Mio. € Minus!!!

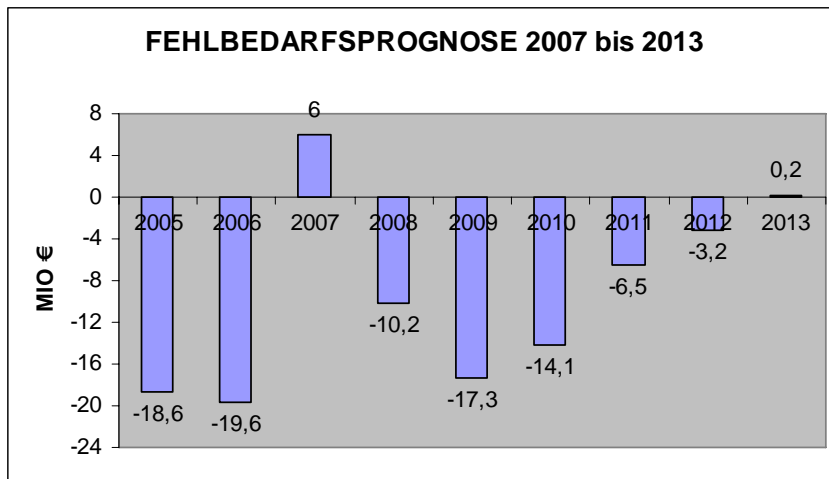
Mittlerweile hat uns die Kämmerei neue Zahlen für 2009 vorgelegt.



Diese tragen dem Einbruch im Gewerbesteueraufkommen Rechnung und sehen dementsprechend düsterer aus. Das schöne an diesen Prognosen ist aber: Nach 5 Jahren soll immer alles wieder gut sein. Jedes Mal.

Das muss es aber auch, denn nur dann rutschen wir nicht in einen Nothaushalt und das möchte ja nun niemand hier. Und weder der Bürgermeister noch sein Kämmerer möchten diese Nachricht in einem Wahljahr vorskizzieren.

Aber nicht nur, dass wir laut Prognose keine Weiterentwicklung feststellen können, sondern sogar Rückschritte zu verzeichnen haben, wir müssen uns eingestehen, dass die Realität mit den Prognosen aber auch rein gar nichts gemein hat:



Die Prognosen 2005 / 2006 wiesen wie eben gesehen 14,9 Mio. € bzw. 12,8 Mio. € aus. In der Realität liegen wir bei 18,6 Mio. bzw. 19,6 Mio. € Fehlbedarf.

Jedes Jahr aufs Neue behaupten Sie, dass lediglich Einzeleffekte Schuld an den negativen Ergebnissen seien. Die Wirklichkeit belegt das Gegenteil. Es handelt sich um strukturelle Probleme, um Probleme die wir hier in Velbert lösen müssen und können.

Drei konkrete Punkte, die für uns Grüne besonders wichtig sind, stelle ich Ihnen meine Damen und Herren im Folgenden kurz vor:

1. Velberts Stärken betonen – keine Investitionen in Leuchtturmprojekte
2. Schluss mit der Konzeptlosigkeit auf ganzer Linie
3. Echte Strategien statt Beliebigkeiten in Entscheidungen

Diese möchte ich Ihnen jeweils an ein paar Beispielen näher erläutern:

Zu 1.

Sie alle haben sich für Investitionen in eine Universität und in eine Fachhochschule ausgesprochen und nennen das ganze Campus Velbert-Heiligenhaus.

Aber Velbert als Universitätsstandort zu bezeichnen mit einem Professor und vier Mitarbeitern, da machen wir uns lächerlich. Und wenn als Argument für die Synergieeffekte der beiden Institutionen die gut zu nutzenden Velberter Radwege aufgeführt werden, dann glaube ich, weiß nicht einmal die Wirtschaftsförderung, was sie wirklich mit Synergieeffekten meint.

Auf der anderen Seite verabschieden Sie mit diesem Haushalt die Erhöhung der Kindergartenbeiträge und steigern damit erheblich die Kosten junger Familien. In diesem Zusammenhang sei bei den Befürwortern dieser Erhöhung besonders die Sozialdemokratische Partei erwähnt, von der man eine solche Politik nicht erwartet hätte. Wir sollten nicht versuchen unser Ego zu bauchpinseln mit einem Campus Velbert-Heiligenhaus und uns nicht nur kinderfreundliche Stadt nennen, sondern wirklich soziale, kinderfreundliche Politik machen.

Wir dürfen nicht Leuchtturmprojekten, wie zum Beispiel dem Sportal in der Röbbbeck, nachjagen und versuchen mit den großen Städten um uns herum mithalten. Wir müssen Velberts Stärken unterstreichen und damit die wirklichen Vorteile gegenüber den uns umgebenden Metropolen aufzeigen. Velberts Stärke ist es die Grüne Lunge des Ruhrpotts, die kinderfreundliche Mittelstadt zu sein. Wir müssen mit der Vielfalt aus den drei so unterschiedlichen, aber jede für sich so sehr reizvolle Stadtbezirke bestechen. Wir dürfen unsere schöne Landschaft nicht zersiedeln, um sie möglichst an Besserverdienende zu verschleudern. Denn das sind unsere Pfründe hier in Velbert.

Zu 2.

Für mich sind die Worte langfristige Schulplanung auf Velbert angewandt ein Gegensatz in sich und ein Synonym für Konzeptlosigkeit geworden.

Es ist allgemein bekannt, dass die Hauptschule eine Schulform ist die keine Zukunft hat. Daher sinken auch die Anmeldezahlen von Jahr zu Jahr, auch hier in Velbert. Zwei Hauptschulen mussten wir deshalb auch schon zusammenlegen. Aber Sie bauen für viel Geld ein neues Hauptschulgebäude. Wir haben dem Bau nur zugestimmt, weil man uns verwaltungsseitig glaubhaft versichert hat, dass dieses Gebäude auch von einer anderen Schulform z.B. einer Gesamtschule, zu nutzen sei.

Denn die Alternative zur Hauptschule ist zurzeit die Gesamtschule. Doch Sie, die Verantwortlichen, ignorieren konsequent schon weit über ein Jahrzehnt den Elternwunsch nach einer zweiten Gesamtschule und weisen jedes Jahr an der bestehenden Gesamtschule ca. 200 Schüler ab, Tendenz steigend. Auf der anderen Seite unterstützen Sie bei knappen Kassen finanziell eine private Gesamtschule, die allerdings nicht mehr als 56 Schüler pro Schuljahr aufnimmt. Das heißt, dass sie unseren Mangel an Gesamtschulplätzen nicht ausgleichen kann, unser Problem also nicht löst und der Gründung einer zweiten Gesamtschule mit ausreichender Kapazität ev. sogar im Wege steht.

Welches weitere Thema könnte besser geeignet sein um Velberts Konzeptlosigkeit zu entlarven, als die zu planende Nutzung des Schlosses Hardenberg?

Eigentlich bedarf es da keiner weiteren Worte. Denn jeder von Ihnen weiß was wir nicht schon alles vorgeschlagen bekommen haben, wie viele Ratsbeschlüsse es hierzu schon gab. Allein von der Verwaltung erhielten wir in 2007/2008 die verschiedensten Vorschläge wie: dort Veranstaltungen durchzuführen, eine Kinder und Jugendakademie, Mühlenhaus Künstlerwohnungen oder eine Hotellösung.

Jetzt fangen wir wieder von vorne an und haben eine Einwohnerversammlung durchgeführt, um weitere Ideen zu sammeln. Meiner Meinung nach sollte man alle Nutzungskonzepte aufschreiben, gut mischen und lösen. Das wäre zwar willkürlich, aber würde wenigstens zu einem Ergebnis führen, das wir dann auch vielleicht umsetzen, keine Verwaltungsarbeitszeit mehr verschwenden bzw. keine neuen teuren Gutachten erfordern und wäre für den Bürger genauso nachvollziehbar wie die bisherige „Lösungssuche“. Ganz ernsthaft: Für dieses Rumgeeiere in Sachen Schlossnutzung haben wir Grüne kein Verständnis und die Bürgerinnen und Bürger schon lange nicht mehr.

Zu 3.

Dieser Haushalt wurde laut Bürgermeister auf der Grundlage des strategischen Zielprogramms entworfen. Ein Papier, das vage die Richtung, in die sich Velbert entwickeln soll, skizziert, grob die einzelnen Punkte gewichtet, aber in keinsten Weise quantifiziert. Kann man damit einen seriösen Haushalt erstellen? Nein!!!

Dieses Zielprogramm dient nur als Legitimation von Entscheidungen die von einigen hier gewünscht werden. Aber es kann jederzeit ignoriert werden, wenn es den Vorstellungen der Verwaltung oder den großen Parteien zu wider läuft. Oder wie könnten sonst Maßnahmen begründet werden, die ganz im Gegensatz zu den Leitlinien dieses strategischen Zielprogramms stehen? Wie z.B.:

- Die Genehmigung für den Verkauf von zentrenrelevanten Waren auf dem Woeste Gelände – widerspricht der Vorgabe des Zielprogramms den Einzelhandel in der Innenstadt zu stärken.

- Vor eineinhalb Jahren beantragten B90 / die Grünen ein Klimaschutzprogramm, das von allen Parteien und dem strategischen Zielprogramm unterstützt wurde, - Gelder wurden dafür aber noch nicht in den Haushalt eingestellt.
- Die gleiche Förderung von Baumaßnahmen im Außenbereich wie im Innenstadtbereich und Ankäufe von Grundstücken an Velberts Stadtgrenzen, um dort Bebauung zu ermöglichen (Bsp. Hügelstrasse, Wilhelmshöhe) – stehen im Gegensatz zur vorgeschriebenen, besonderen Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Innenstadt.

Dies alles sind Entscheidungen nach dem Gusto des Bürgermeisters oder der „großen Koalition“ hier in Velbert. Aber mit dem von diesen Personen entwickelten strategischen Zielprogramm haben diese nichts zu tun und sind traurige Beispiele für die Beliebigkeit der Politik hier vor Ort.

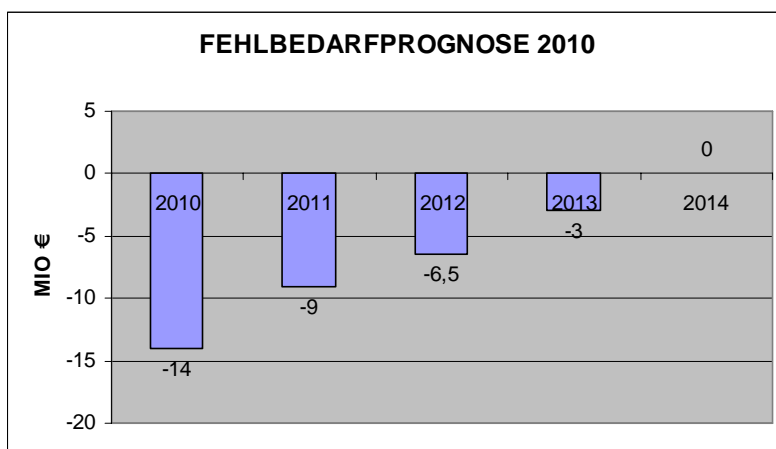
Das am Anfang meiner Rede angesprochene strukturelle Problem in Velbert können wir nicht lösen, wenn wir konzeptlos und realitätsfremd Leuchtturmpolitik betreiben. Nachhaltig bedeutet langfristige Planung und das ist sowohl kinderfreundlich als auch den Interessen der neuen Senioren generation angepasst.

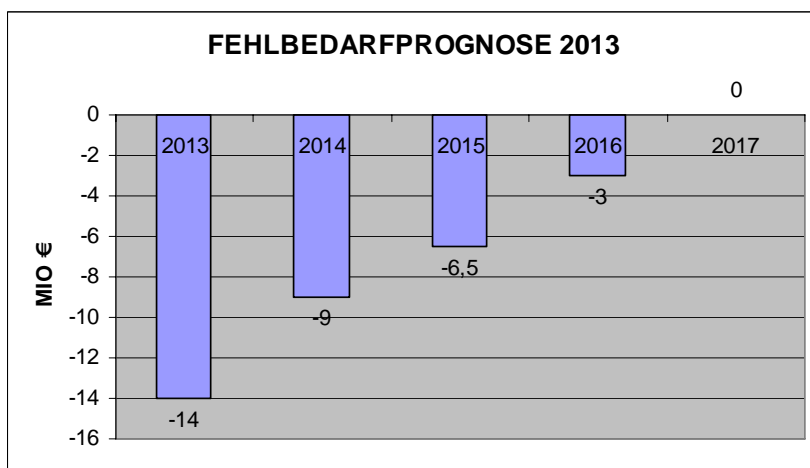
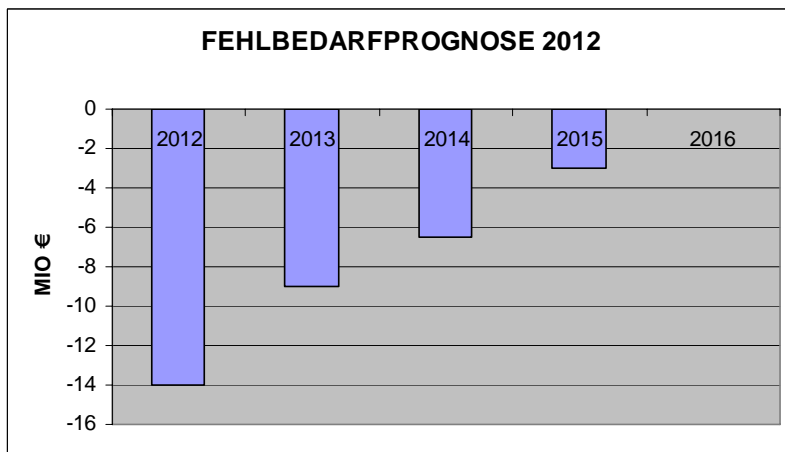
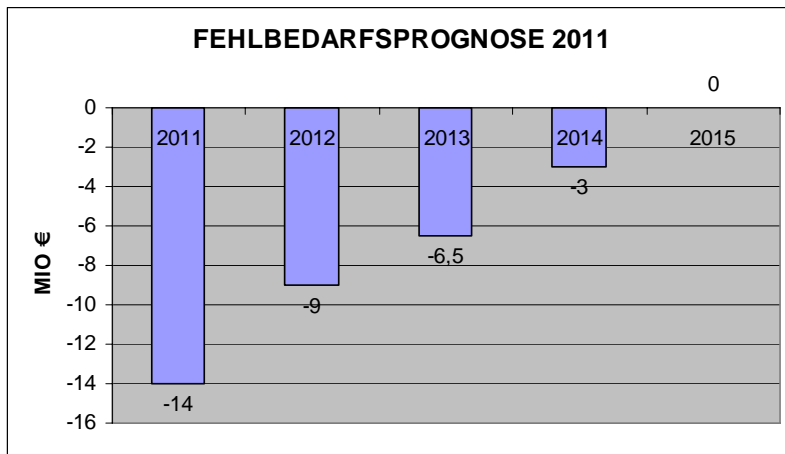
Zuletzt möchte ich dies nicht ungesagt lassen: Dass ich die Wifö als Posten für Einsparungen in meiner Rede nicht erwähnt habe, liegt nicht daran, dass Sie Herr Freitag gemeint haben uns vorzuschreiben zu können worüber wir reden dürfen bzw. nicht reden sollen. Ich glaube nur, dass mittlerweile jeder hier im Raum begriffen hat, dass wir mit einer durch mehr als 10 Personen besetzten Wirtschaftsförderung vollkommen überbesetzt sind.

Schlimm ist nur, dass Sie uns versucht haben auf so billige Weise zu manipulieren. Sie werfen uns Ratsmitgliedern, die wir dieser Aufgabe zum großen Teil in unserer Freizeit nachkommen, Inkompetenz vor, wenn wir kein Gegenfinanzierungskonzept beibringen. Dann frage ich mich welches Urteil Sie über sich selber fällen. Sie, der uns seit Jahren die gleichen Haushaltsprognosen vorlegt und sich dabei offensichtlich dermaßen verkalkuliert. Der unser Tafelsilber mit vollen Händen raus wirft ohne eine Verbesserung der Haushaltssituation zu erlangen und der dies hauptberuflich macht.

Wenn wir uns nicht auf Velberts Stärken besinnen und diese durch realistische, nachhaltige Konzepte weiter herausarbeiten, dann werden wir entweder jedes Jahr wieder ein Déjà-vu-Erlebnis haben, für den Fall habe ich mir erlaubt die Fehlbedarfsprognosen der nächsten Jahre für den Kämmerer schon einmal vorzuarbeiten.

Oder, mit Glück, werden wir aus dieser „Und täglich grüßt das Murmeltier“ Schleife durch einen Nothaushalt gerettet.





Wir werden diesen Haushalt natürlich wie immer in den letzten Jahren ablehnen. Es hat sich ja auch, wie von mir gezeigt, leider nichts verändert. Darum verstehe ich eigentlich nicht, warum die Parteien, die in den letzten Jahren immer zugestimmt haben, diesmal ablehnen. Nein, nein, so blauäugig bin ich nicht. Es ist ja Wahljahr!!! Hoffentlich nicht der Beginn für ein neues Déjà-vu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Fraktion „UVB“

Ulrich Kanschat (Vorsitzender)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben bei der Einbringung des Haushaltes 2009 am 16.12.2008 etwas Neues geboten bekommen. War es bisher üblich, dass der Bürgermeister und der Kämmerer die Reden zur Einbringung hielten, erlebten wir die geballte Macht der Verwaltung, da alle Dezernenten aus ihren Bereichen Reden hielten. Allerdings hat das nicht dazu geführt, dass dadurch die stabile Misere der Finanzen dieser Stadt besser geworden wäre.

Als Sie, Herr Bürgermeister, noch Kämmerer dieser Stadt waren, haben Sie bei der Einbringung des Haushaltes 2004 den Satz geprägt: „Ich sehe Licht am Ende des Tunnels.“(Zitat-Ende). Damals habe ich Ihnen darauf geantwortet, dass es hoffentlich kein entgegenkommender Zug ist. Heute nun würde ich darauf antworten, dass sich ein ICE mit kaum übersehbarer Geschwindigkeit nähert und unserer Meinung nach zum Crash führen wird.

In Ihrer Rede vom 16.12.2008 haben Sie von Ihrer Ungläubigkeit gesprochen, die zum Ausdruck hatte, dass Sie die Geschwindigkeit mit der diese Stadt von wirtschaftlich recht stabiler Situation in eine Rezession rutschen würde nicht Ihre Vorstellungskraft entsprach.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass ich bereits in meiner Haushaltsrede vom 17.06 2008 auf diesen Umstand und die Geschwindigkeit hingewiesen habe. Damals habe ich Ihnen vorgechnet, dass diese Stadt von 2005 – 2008, mit den damaligen Zahlen ca. 63 Mio. Euro verfrühstückt hat. 2008 war ich allerdings so naiv zu denken, dass die Zahlen für die Zeit von 2009 bis 2011, mit damals angegebenen 21,5 Mio. Euro Verlust der oberste Punkt der Meßlatte wäre.

Heute allerdings prognostizieren Sie einen Verlust für die Jahre 2009 bis 2011 von sage und schreibe 37,9 Mio. Euro. Dieses würde bedeuten, dass wir von 2005 an ca. 101,0 Mio. Euro des Eigenkapitals der Stadt verbraucht haben.

Ich darf Ihnen versichern, dass unsere Fraktion diesen Zahlenspielereien nicht mehr glaubt. Es erschrecken uns diese Zahlen, da wir auf Kosten unserer Nachfolgenerationen leben und das Geld ausgeben. Besser wäre, wenn die Verwaltung sinnvolle Vorschläge zur Eindämmung der Verluste vorlegen würde.

Wir gehen allerdings noch nicht davon aus, dass die weiteren Verluste im Ergebnishaushalt dazu führen werden, dass wir in den Nothaushalt geraten und dann handlungsunfähig sind. Denn der Verbrauch von 25% des Eigenkapitals innerhalb eines Jahres, würde zum Nothaushalt führen. Da sind wir mit der jetzigen noch vorhandenen Eigenkapitalausstattung noch ein wenig entfernt. Was sich allerdings auch schnell ändern kann.

Allerdings haben wir das Gefühl, dass ehrgeizige Pläne des Bürgermeisters, der Verwaltung und einem Teil des Rates für Zukunftsinvestitionen dazu führen werden, dass wir noch höher in den Verlusten laufen werden oder Anlagevermögen veräußern müssen. Wir fordern Sie daher auf keine Ausgaben zu tätigen, die zwar wünschenswert wären aber nicht finanzierbar sind, um das Absinken in den Nothaushalt zu vermeiden.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass unsere Verschuldung derzeit bei ca. 170 Mio. € liegt. Daraus resultiert eine jährliche Zinslast von ca. 12 Mio. €. Bei weiteren Kreditaufnahmen steigt auch die Zinslast.

Dazu gehört sicherlich auch der mit allen 3-monatigen neuen Berechnungen konzipierte Sportpark. Nun sind wir nach der letzten Berechnung bei 14,5 Mio. Euro angekommen. Vorher waren wir unserer Voraussage von 25. Mio. Euro Kosten schon sehr nahe gekommen. Denn gerechnet über alles war die Kostenvorschau der Verwaltung just auf 22,5 Mio. Euro geklettert. Die restlichen 2,5 Mio. Euro hätten wir in den Jahren des Bauens locker geschafft.

Nach der 4ten oder 5ten Neuberechnung sind wir beim Volumen von 14,5 Mio. Euro angekommen und man rechnet uns vor, dass die Einnahmen und Eigenkapitalerhöhungen nun insgesamt auch 14,5 Mio. Euro betragen und somit ein Nullsummenspiel stattfindet.

Zinsen, Laufzeiten der notwendigen Verkäufe und Kostensteigerungen sind schamhaft verschwiegen. Das passt noch nicht ins Bild. Selbst die IHK in ihrem Bericht zum Haushalt ausgeführt, dass es wichtigeres gibt als einen Sportpark.

Vielleicht sollten wir in 6 Monaten nochmals eine neue Berechnung machen. Vielleicht kriegen wir dann was raus.

Wir wollen auch nicht wieder die Berechnung des Bürgerhauses Langenberg anführen, wo unser Mitglied vom ersten Tag an, die Investitionssumme von 12 – 13 Mio. Euro prognostiziert hat. Hier hat die Verwaltung die Kalkulation des Invest von 2,9 über 6,0 bis hin zu 11,0 Mio. Euro vorgerechnet. Nun steht allerdings noch nicht fest, ob wir mit 13,0 Mio. Euro überhaupt auskommen.

Wesentlich wäre nur die Wahrheit den Bürgerinnen und Bürgern von Langenberg zu übermitteln, wann den voraussichtlich das Invest gestemmt wird oder ob es auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Das wäre mal eine klare Ansage an die Bevölkerung bei der Bürgerversammlung, die demnächst stattfindet.

Das gleiche gilt für die Instandsetzung des Schlosses Hardenberg. Ich habe im Jahre 2002 im BZA Neviges, nachdem der urplötzlich entstandene Gesamtschaden die Schließung des Schlosses bewirkte, dass wir frühestens nach 10-15 Jahren dort wieder einziehen können. Ich möchte allerdings kein Recht behalten. Auch dieses habe ich klar definiert bei der stattgefundenen Bürgerversammlung.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren

wir sind natürlich für sinnvolle Projekte, die wir auch konstruktiv unterstützen werden, dazu zählen.

Investitionen in städt. Gebäude wie Schulen, Turnhallen usw. über die Zuteilung der Geldmittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes hinaus.

Neubau der Hauptschule Velbert-Mitte

Medienentwicklungsplan für Schulen

Instandsetzung der Stadthalle Neviges

Fahrzeuge und Geräte für Feuer – u. Brandschutz

Ganzheitliche städtebauliche Entwicklung der Innenstadt von Neviges, die wir eigentlich lt. Versprechen des Bürgermeisters schon seit 2 Jahren haben sollten.

Modernen und bezahlbaren Wohnraum für Neubürger

Anschaffung eines neuen (wie vorgestellt) Streetworkerbusses und die Sicherung des Einsatzes

Verbleib des Klinikums in kommunaler Hand

Unterstützung und Förderung kinderreicher Familien

Endliche Realisierung der A 44 für die wirtschaftliche Entwicklung für Velbert und den Nordkreis

Bau eines Verbrauchermarktes an der Kleestrasse

Umsetzung des Radwege-Konzeptes unter Einbeziehung der alten Bahntrasse

Sie sollten aber hier auch die Projekte erfahren, die von uns abgelehnt werden, das wären

Kosten für die Planung und Bau des Sportparks

Erhöhung der Kita- und Ogata – Gebühren. Mehrkosten für Kunst – und Musikschule

den Flächennutzungsplan 2020, weil dort Flächen zur Bebauung ausgewiesen sind, wie Wilhelmshöhe, Hügelstrasse rechts und links, Bebauung auf den Pöthen, Bebauung des Geländes oberhalb der Fa. Spitznas in Langenberg

Ein überdimensionierter Frische – Markt auf dem Woeste – Gelände, der die fußläufigen Märkte in Neviges und Langenberg bedroht

Grundstücksankäufe in größerer Form ohne Bürgerbeteiligung

Die Schließung der Touristinformationen in Neviges und Langenberg, wegen der von der Stadt eingestellten Zuschüsse.

Lassen sie mich hierzu noch ein paar Sätze sagen. Wir hätten die Weiteröffnung der beiden Informationen für die ersten 3 Monate des Jahres 2009 nicht zugestimmt, wenn nicht glasklar die Aussage bestanden hätte, dass es zumindest bis zum Jahresende 2009 weitergeht. Die Schließung begründet man mit den nicht mehr vorhandenen Finanzmitteln. Das können wir ja noch verstehen, aber die Situation war Ende 2008 auch für die Verwaltung schon klar.

Warum dann die Weiterführung in den ersten 3 Monaten, obwohl die Laufzeiten der Miet – u. Mitarbeiter-Verträge der Verwaltung bekannt waren?

Noch unverständlicher ist es aber, wenn man klar und unmissverständlich von der Verwaltung ausführt, dass natürlich das Tourist-Info-Büro in Velbert-Mitte geöffnet bleibt, wenn auch der Tourismus in Velbert-Mitte vielleicht 5-10 % des gesamtstädtischen Tourismus ausmacht und das Büro in den Kosten höher ist, als beide Info-Büros in Neviges und Langenberg. Ein Schelm wer hier Böses denkt.

Sicherlich wären noch einige Projekte aufzeigbar, die unsere Zustimmung oder Ablehnung erfahren würden. Hier waren nur die für uns Wichtigsten aufgeführt.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herrn

lassen sie mich zum Abschluss unseren Dank aussprechen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei, die trotz der eingetretenen äußerst schwierigen Situation wieder vorbildlich gearbeitet haben. Dieser Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die diesem Haushalt zugearbeitet haben.

Trotz Übereinstimmung mit weiten Teilen des Haushaltes, die wir auch konstruktiv unterstützen werden, ist allerdings dieser Haushalt in markanten Punkten, wie aufgezählt für uns nicht tragbar.

Aus diesem Grunde werden wir dem Haushalt 2009 nicht zustimmen

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herrn danke ich für die Aufmerksamkeit.

Fraktion „SLB“

Helmut Stiegelmeier (Vorsitzender)

Sehr geehrte Herr Bürgermeister
sehr geehrte Damen und Herren

Der diesjährige Karneval endet für mich nicht am Aschermittwoch, sondern erst mit der Verabschiedung dieses Haushaltes. Denn jeder Karneval hat seinen Höhepunkt und das ist in diesem Jahr eindeutig der von der Verwaltung ausgearbeitete Haushaltsplanentwurf 2009!

Als einen Karnevalsscherz erster Güte betrachte ich die im Haushaltssicherungskonzept aufgeführten Haushaltssicherungsmaßnahmen in den Budgets für Bildung, Sport und Familien, der einen Nothaushalt verhindern soll. Die Stadt Velbert bezeichnet sich als eine Kinder- und familienfreundliche Stadt. Mit diesen Haushaltssicherungsmaßnahmen werden jedoch genau die Familien mit Kindern stark belastet.

Ich bezeichne es als eine unverantwortliche Maßnahme z.B. Gebühren für die Büchereien, Musik- und Kunstschule zu erhöhen oder gar die Benutzung der Sportstätten weit über 50 % anheben zu wollen. Man versucht sogar den Velberter Bürger ein schlechtes Gewissen einzureden, in dem man behauptet woanders würde man für diese Leistungen mehr bezahlen. Verschweigt aber z.B. das dort die Grundabgaben und andere städtische Gebühren wesentlich niedriger sind.

Wir, die Sozial-Liberalen Bürger sind der Meinung, dass es zutiefst ungerecht ist unsere Bürger, die bereits zur striktesten Sparsamkeit gezwungen sind, noch mehr zu belasten. Dies gilt erst recht, wenn Gebührenerhöhungen beschlossen werden, um neue freiwillige Leistungen für andere finanzieren zu können.

Als die Großparteien CDU / SPD bei der letzten Hauptausschusssitzung auf diese Erhöhungen angesprochen wurden, bekamen wir nur Alibibekundungen zu hören – leider könne man diverse Gebührenerhöhungen nicht verhindern, obwohl man es gerne möchte. Dass es auch anders geht, zeigen unsere Deckungsvorschläge, die aber von dieser CDU /SPD-Mehrheit im Hauptausschuss ohne sachliche Begründung abgelehnt wurden.

Dem Fass die Krone setzt jedoch das neugeplante Sportzentrum auf. Dieses Sportzentrum soll bis zur endgültigen Fertigstellung mehr als 20 Millionen Euro netto kosten und im Gegenzug sollen die Velberter Bürger und besonders die Familien mit Kindern in den nächsten 4 Jahren von über 1,5 Mil. Euro mehr belastet werden.

Es ist völlig gleichgültig, ob die Verwaltung vorschlägt mit Bauabschnitt 2 zu beginnen oder mit Bauabschnitt 1, Tatsache ist und bleibt, dass wir uns dieses Mammutprojekt nicht leisten können.

Ein weiterer, wichtiger Aspekt ist, dass wir ein derartig aufwendiges Sportzentrum gar nicht benötigen. Es ist durchaus möglich eine gute und vernünftige Sportanlage in einem deutlich abgespeckten finanziellen Rahmen zu bauen. Wir von der SLB haben hierzu Vorschläge eingereicht. Wären Sie vom Rat der Stadt Velbert diesen Vorschlägen gefolgt, hätten wir keine Probleme mit unserem heutigen Haushalt und wir könnten ein solides freiwilliges Haushaltskonsolidierungsprogramm aufstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum ersten Mal seitdem ich im Rat der Stadt Velbert sitze habe ich mich gefragt

Welchen Zweck hat eine Haushaltsrede

Wen willst du damit erreichen?

Wen willst du damit überzeugen?

Denn angesichts der Erfahrungen, die ich seit 1999 mit sogenannten Haushaltsberatungen in diesem Rat und seinen Ausschüssen gemacht habe, wäre es vermessen, auf so etwas wie eine ergebnisoffene Debatte oder auf eine vernünftige Streitkultur zu hoffen oder etwa anzunehmen, CDU und SPD könnten ernsthaft dazu bereit sein, mit anderen Ratsfraktionen den Versuch zu wagen, endlich einen Haushalt mit schwarzen Zahlen zu beschließen.

Stattdessen werden nach meiner Einschätzung die CDU und SPD heute wieder einen Haushalt verabschieden, in welchem die Einnahmenseite, wieder einmal die Ausgabenseite nicht abdeckt und wir ein Fehlbetrag von mehr als 17 Mio. Euro ausweisen

Liebe Velberter Bürgerinnen und Bürger

Verantwortlich ist man nicht nur für das was man tut, sondern auch für das, was man unterlässt!

Deshalb ist es besonders heute der Wählergemeinschaft Sozial-Liberale Bürger SLB ein Anliegen, in unserer Haushaltsrede Ihnen gegenüber aufzuzeigen, wie wir den Ist-Zustand des Velberter Haushaltes sehen und welche Maßnahmen wir in Zukunft vornehmen würden um einen stabileren Haushalt vorfinden zu können.

Aber zunächst ist es mir persönlich ein Bedürfnis zum Ende der Legislaturperiode den Ratsmitgliedern zu gratulieren, die es ermöglicht haben, dass 4 ½ Jahre lang nicht die objektiven, finanziellen Möglichkeiten der Stadt, sondern die politisch-ideologischen Zielsetzungen der CDU – SPD Ratsmehrheit die Ausgabenpolitik der Stadt bestimmt und gelenkt haben!

Die Bilanz dieser 4 ½ Jahre CDU/SPD Mehrheitspolitik ist mehr als deprimierend und hat dazu geführt, dass wir nun davorstehen, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept 2009 zu erarbeiten. Leider ist genau das eingetreten was von uns vorhergesagt wurde. Trotz der zugebilligten Gelder aus den staatlichen Konjunkturpaketen, sieht die Zukunft für Velbert weiterhin düster aus.

Dabei hat es 2005 mit der Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens, kurz NKF, doch alles gut angefangen. In seiner Haushaltsrede vom 25. April 2006 verkündete der CDU-Fraktionsvorsitzende Herr Bolz noch euphorisch – ich zitiere: „Die CDU-Fraktion wird auch künftig nicht von ihrem bewährten Kurs abweichen, welche „sparen und gestalten“ als klare Marschrichtung vorgibt“ Zitat Ende.

Seien Sie mir nicht böse wenn ich Ihnen, der größten Velberter Ratsfraktion vorhalte, dass Sie den Begriff sparen entweder nicht kennen oder ihn falsch verstanden haben. Auch der Geist des neuen Rechnungswesen NKF scheint bei vielen Ratmitgliedern noch nicht eingekehrt zu sein, denn sie verhalten sich genau wie früher: Sie geben die zur Verfügung stehenden Mittel am liebsten bis zum letzten Euro – und noch darüber – aus.

Liebe große Ratskoalitionsmitglieder, natürlich tun sie dies alles zum Wohle des Bürgers, jedoch hat ein derartiges Verhalten nichts, aber auch gar nichts mit Sparen geschweige denn mit Gestalten zu tun.

Meine Damen und Herren, um es vorweg zu schicken: wie schon im vergangenen Jahr, werde ich heute auch im Namen unserer Wählergemeinschaft SLB diesen Haushalt ablehnen.

Wir lehnen den vorgelegten Haushalt ab, weil wir die Leistungsfähigkeit unserer Stadt auf Dauer erhalten wollen, indem wir bei Verwaltung und Politik um eine **neue Haushaltsmentalität** werben, denn das Prinzip der Sparsamkeit muss viel stärker als bisher beachtet werden: „**Spare in der Zeit, dann hast du in der Not**“ sagt schon der Volksmund. Nehmen wir das Wort „sparen“ sprachlich ernst, dann bedeutet es, dass wir Mittel die nun frei sind zurücklegen, damit wir diese später verwenden können. Soweit sind wir aber in Velbert noch lange nicht. Wir haben keine freien Mittel! Um freie Mittel zu erwirtschaften, müssen wir alle Ausgaben die nicht zwingend notwendig, oder rechtliche geboten sind, vermeiden. Deshalb müssen wir strengere Maßstäbe als bisher anlegen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Freitag,

Ihrer Aussage in Ihrer Haushaltsrede „Die Krise ist längst in Velbert angekommen“ kann ich nur beipflichten. Aber Ihre weitere Ausführung, dass wir dies hauptsächlich der Wirtschaftskrise zu verdanken haben, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Unsere Steuereinnahmen sind bis heute Gott sei Dank noch stabil. Daher kann ich nur sagen: **Die Velberter Krise ist hausgemacht und das bereits seit Jahren!**

Seit Jahren kritisiere ich als Fraktionsvorsitzender und Ratsmitglied die Einnahmen- und Ausgabenpolitik der Stadt Velbert. In jeder meiner Haushaltsreden der letzten Jahre zeige ich Ansatzpunkte auf an denen man sparen könnte. Jedoch verwalten wir unsere Stadt seit Jahren weit über unsere Verhältnisse.

An dieser Stelle lohnt sich ein Blick in die alten Haushaltsbücher. Von Haushaltsjahr zu Haushaltjahr verschlimmern sich die Defizite. Während wir im Jahr 2006 noch glaubten bald schwarze Zahlen zu schreiben, sind nun im Jahr 2009 durchgängige Defizite bis ins Jahr 2013 geplant.

	Ertragsstruktur	Aufwandstruktur	Differenz
2005	144 Mill.	159 Mill.	Minus 15 Mill.
2006	149 Mill.	162 Mill.	Minus 13 Mill.
2009	170 Mill.	187 Mill.	Minus 17 Mill.
2010	Velbert vor der	Haushaltssicherung	

Noch im Haushaltsentwurf 2006 sah man mittelfristig für 2009 einen Planungsaufwand von ca. 159 Mill. vor. Hätten wir uns nur annähernd an unser damaliges Konsolidierungskonzept gehalten, so würden wir mit unserem heutigen Ertrag von 170 Mill. nicht nur schwarze Zahlen schreiben, sondern könnten unsere Schulden mit ca. 11 Mill. Überschuss abbauen.

Anhand dieser Aufstellung kann man deutlich erkennen, dass das Problem des Velberter Haushaltes nicht auf der Einnahmenseite sondern eindeutig auf der Ausgabenseite liegt.

Selbst die IHK sieht auf der Ertragsseite keinen Spielraum mehr und schlägt vor, sich auf die Aufwandseite zu konzentrieren um eine vernünftige Konsolidierungspolitik zu betreiben.

Zitat der IHK-24.März 2009 zu Haushalt 2009 – „Um die Gefahr eines Nothaushaltes abzuwenden wird es –auch in einem Wahljahr –spürbare Einschnitte auf der Ausgabenseite bedürfen. „ Zitat Ende

Der Wille zum Sparen ist zwar in jedem Haushaltsentwurf vorhanden –dementsprechend begrüßt die SLB, dass die Verwaltung zumindest theoretisch unsere Forderung akzeptiert - jedoch fehlt die tatsächliche Umsetzung. Als Beispiel können wir hier die Entwicklung des Personalabbaues anführen.

Im Haushaltplan des Jahres 2006 führt die Verwaltung einen Personalstand von **735** Mitarbeitern auf und plant eine Reduzierung bis zum Jahre 2009 auf 715,5 Mitarbeitern. In dem uns vorliegenden Haushaltsplan 2009 führt die Verwaltung einen Personalstand von **735** auf.

Diese Zahlen belegen klar, dass auch durch Pensionierungen freigewordene Stellen wieder neu besetzt wurden. Von Personalabbau ist keine Rede.

Wie schon im vergangenen Jahr bin ich der Meinung, dass wir uns mit unserem derzeit sehr desolaten Haushalt eine personell aufgeblähte Wirtschaftsförderung sowie eine „Velbert Marketing Gesellschaft“ überhaupt nicht leisten können. Daher sollten wir vernünftiger Weise die „VMG“ auflösen und diese Aufgaben der Wirtschaftsförderung mit übergeben.

Da die Personalkosten seit Jahren wesentlich zu hoch sind, ist es dringend notwendig diesen Kostenpunkt einzudämmen. Jedoch wird die Stadtverwaltung augenscheinlich als parteieigene Pfründe genutzt und deshalb bei allen konkreten Sparüberlegungen ausgeklammert.

Dies gilt gleichermaßen auch für städtische Tochtergesellschaften. Es darf auf keinen Fall sein, dass Tochtergesellschaften noch Personal aufstocken, wie z.B. die KVBV. Im Stellenplan 2008 waren es noch 16 Stellen, nun sind es 18.

Auch darf das Parteibuch nicht länger das entscheidende Beförderungskriterium bleiben. Leistung und Honorierung müssen einander erkennbar gegenüber gestellt werden. Eine entsprechende Bewertung der Arbeitsplätze könnte nach unserer Meinung durch einen REFA-Fachmann vorgenommen werden.

Meine Damen und Herren,

Wie stark die Rezession bei uns in Deutschland noch zuschlägt und wie tiefgreifend die Einschnitte sein werden, wissen wir noch nicht. Ich möchte an dieser Stelle folgende Feststellungen treffen.

Die Genossenschaftsbanken und ihre kommunalen Töchter, die Sparkassen, beweisen sich in der gegenwärtigen Situation als Stabilitätsanker. Diskussionen über das deutsche Dreisäulen-Modell und die Privatisierung von Sparkassen dürften damit eigentlich erledigt sein.

Wie geht der Weg der Stadt Velbert weiter – erfolgreich nach oben oder kommen wir nicht vorwärts und treten auf der Stelle oder bewegen wir uns gar rückwärts? Stoßen wir an irgendwelchen Grenzen?

Dies sind wichtige Fragen. Was können, ja was müssen wir tun, um erfolgreich den Wettbewerb in unserem wirtschaftlichen Ballungsgebiet zwischen den Großstädten Düsseldorf – Essen – Wuppertal zu bestehen.

Ein solcher Wettbewerb unter den Kommunen ist da. Da wird gekämpft um die Schaffung von neuen Gewerbegebieten, um den Erhalt von Arbeitsplätzen um die Ansiedlung von neuen Unternehmen und Betrieben. Denn der Klein- und Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Er stellt die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze und zahlt seine Steuern. Er hat keine Möglichkeiten, Gewinne im Konzern mit Verlusten zu verrechnen. Der Klein- und Mittelstand würde daher eine besondere Unterstützung der Politik verdienen, dieses scheint jedoch seitens der beiden großen Parteien unerwünscht zu sein.

Hier spielt auch die Höhe der örtlichen Grundabgaben A und B eine Rolle. Leider weisen wir in Velbert eine der teuersten Grundabgabensätze im gesamten Kreis Mettmann auf. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, an dieser Stelle möchte auch ich gerne einmal die Stadt Ratingen anführen. In Ratingen sind die Hebesätze der Grundabgaben wesentlich niedriger als hier in Velbert.

Deshalb sind hier die Verwaltung, die Fraktionen sowie die Wirtschaftsförderung aufgerufen, dies mit positiven Aspekten zu kompensieren.

Diesen Kampf um einen guten Wirtschaftsstandort müssen wir Parole bieten. Auch wenn 2008 die **Steuereinnahmen gewachsen** sind, so zeigt bedauerlicherweise die mittelfristige Finanzplanung einen stetigen Verbrauch der Rücklagen und des Eigenkapitals auf.

Wird der Haushaltsplan 2009 jedoch in der vorliegenden Weise abgesegnet, nützen uns auch hervorragende Einnahmen nichts, weil wir dagegen wieder ein Jahr mit höheren Ausgaben vorfinden, entsprechend sieht der Ausblick auf die Folgejahre aus.

CDU, SPD und die Verwaltung setzen seit Jahren keine oder völlig falsche Prioritäten. Man tut so, als könne man in jedem Ortsteil alles bauen und anbieten, was das Herz der dort ansässigen Bürger begehrt.

Dies unterstreichen die ersten Worte des Herr Bolz von der CDU in seiner Haushaltrede vom 24.4.2007: „Großes haben wir im Wahlkampf versprochen – noch Größeres haben wir erreicht. wir, die CDU-Fraktion Velbert, haben unsere Versprechen aus Wahlkampf gehalten und Velbert für die Zukunft gut aufgestellt.“ Zitat Ende.

Die Realität ist leider anders, deshalb ist es nicht verwunderlich, dass wir so seit Jahren zu wenig Geld für die Dinge haben, die Priorität haben müssten:

Schulsanierungen oder –neubauten, moderne Jugendzentren, Sanierungen von Sporthallen, preiswerte KiTa's oder einen Bolzplatz in Neviges, Tönisheide, die Liste könnte noch lange fortgesetzt werden.

In unsere Jugend investieren bedeutet in die Zukunft investieren.

Auch die Förderung des Breitensportes speziell für die Jugend hat noch einen enormen Nachholbedarf, denn gerade der Breitensport ist die sinnvollste und stabilisierendste Sozialpolitik sowie präventive Kriminalitätsbekämpfung die man sich denken kann.

Stattdessen investieren wir 90% unseres Geldes in Projekte die von weniger als 20% der Bevölkerung genutzt werden.

Aktuelles Beispiel: Das geplante Luxus-Sportzentrum.

Information hierzu entnehmen Sie liebe Velberter Bürger unseren Flyer!

Hier soll ein NRW /3.-Liga taugliches Fußballstadion mit aufwendiger VIP-Lounge und TV-Bereich und 2 Hausmeisterwohnungen gebaut werden.

Für ca. 300 aktive Leichtathleten soll ein extra Leichtathletikstadion mit Wurfanlage und einem zusätzlichen Sporthallenkomplex erreicht werden.

Eine marode Stadthalle soll für weit über 1 Mill. Euro restauriert werden, für nur wenige, vereinzelte Veranstaltungen pro Jahr.

Fehleinkäufe wie u. a. unser Rathausanbau oder verspekulierte Grundstückeinkäufe runden diese Aufzählung ab.

Wäre unsere Stadt Velbert ein Privatunternehmen, hätte der Insolvenzverwalter schon längst das Büro des Bürgermeisters übernommen.

Wir von der SLB haben als Gegenvorschläge zu den zuvor genannten Projekten u. a. einen Antrag zur Kostenreduzierung des Sportzentrums eingereicht. Dieser Antrag wurde in der letzten Hauptausschusssitzung abgelehnt. Nun plötzlich aus heiterem Himmel - oder war es eine göttliche Eingebung –möchte die CDU eine Light-Version des Sportzentrums ausarbeiten und vorschlagen. Diese vermissen wir bis Heute.

So kurios die Planung bis heute ist, so abenteuerlich geht man mit den Baukosten um. Ich erspare Ihnen hier Einzelheiten, denn das würde zeitliche die Abendvorstellung einer Gaunerkomödie übertreffen, und nenne Ihnen nur kurz folgende Zahlen:

		ohne MWSt.	incl. MWSt.
13.12.2005	Beschluss Nr. 437/2005	€ 10,084 Mill.	€ 12,00Mill.
13.11.2007	Beschluss Nr. 451/2007	€ 14,915 Mill.	€ 17,75 Mill.
20.01.2009	Beschluss Nr. 96/2009	€ 16,5 Mill.	MWSt. wird verrechnet!

Nun werden durch die Einbindung der Kultur- und Veranstaltungs-GmbH die 19% MWSt. eingespart, jedoch wird der Bau tatsächlich immer teurer als ursprünglich geplant. Ich befürchte, dass wir letztendlich bis Bauende bei ca. 25 Mill. Euro netto liegen werden.

Zum Projekt Sportzentrum möchte ich an dieser Stelle noch kurz die Aussage Herrn Wilkes von der SPD in seiner Haushaltsrede vom 17.Juni 2008 zitieren:

„Der Haushalt dieses Jahres sieht für Investitionen von 4 Millionen Euro vor. Entgegen den Unkenrufen angeblicher Experten zeichnet sich übrigens ab, dass die geplante Maßnahme mit dem gestreckten Finanzrahmen auskommt, möglicherweise die veranschlagte Summe sogar unterschreitet.“ Zitat Ende.

Ich sage Ihnen hier in aller Deutlichkeit, dass die Verwaltung gemeinsam mit CDU/SPD mit diesem Mammutprojekt Sportzentrum völlig überfordert ist. Aber unserer CDU/SPD und parteiloser Bürgermeister-Koalition ist das egal. Wir bauen einfach alles und wenn es geht am besten sofort.

Wer so agiert verliert die Glaubwürdigkeit!

Die SLB wirbt für ein aktives Umdenken in eine **neue Haushaltsmentalität!** Die Verwaltung muss sich darauf besinnen, was ihre eigentliche Aufgabe ist. Den Ratsmitgliedern darf eine sichere Wiederwahl nicht wichtiger sein, als die Zukunft ihrer Kinder und Enkel.

Dies bedeutet in unserer heutigen Haushaltslage: Keine Ausgaben die nicht unbedingt notwendig sind!

Deshalb ist es unsere Pflicht als Ratsmitgliedern den Velbertern Bürgern offen und ehrlich darzulegen, dass wir in Velbert nicht jedes Gebäude finanziell erhalten können, auch wenn es erhaltenswert wäre

In Anbetracht unserer eingeschränkten Redezeit, finden Sie liebe Velberter Bürger unsere Vorstellung hierzu wieder in dem SLB Flyer!

So sind wir z. B. der Auffassung, dass wir das Bürgerhaus in Langenberg als historisches Baudenkmal im Gegensatz zur Stadthalle Neviges als erhaltenswert halten und eine Restaurierung bis zu 6 Mill. als erstes vorsehen würden.

Das Schloss Hardenberg sollte mit einer minimalen Restaurierung so weit erhalten werden, dass die Unterbringung des Schloss- und Beschlägemuseums erfolgen kann. Dies ist aus unserer Sicht die günstigste Möglichkeit das Schloss zu erhalten. Vorschläge wie z.B. das Fotomuseum scheitern nach eingehender Studie des Gutachtens an zu hohen Entstehungs- und Folgekosten.

Die Restaurierung der Wehrgänge des Schlosses sollten zum jetzigen Zeitpunkt zurückgestellt werden, bis wir anhand unserer Wirtschaftsdaten derartige Projekte wieder ansprechen können.

Zur Vorburg des Schlosses Hardenberg liegt uns ein Gutachten vor, welches besagt, dass eine evtl. geplante Gastronomie wirtschaftlich nicht tragbar wäre. Daher haben wir, die „Sozial-Liberale Bürger“ einen etwas ungewöhnlichen Vorschlag:

Der Innenhof der Vorburg sollte z.B. durch eine Glasüberdachung und eines neu gestalteten Eingangsbereiches zwischen den beiden bestehenden Flügeln derart umgestaltet werden, dass dadurch eine neue „Nevigeser Stadthalle“ entsteht. Durch die vor kurzem restaurierten Flügel des Innenhofes würde diese neue Halle eine wundervolle Innenatmosphäre bekommen. Da bereits ein großer Parkplatz vorhanden und eine Gastronomie geplant ist, könnten in diesen Räumlichkeiten Feste, Konferenzen und auch kleine Fachmessen ausgerichtet werden. Hierdurch könnte man mehr Veranstaltungen nach Neviges holen und somit hätte Neviges mit einem verhältnismäßig geringen Kostenaufwand eine neue Stadthalle.

Für die alte Stadthalle sollte man nach einem Privatinvestor suchen, vielleicht eignet sich diese Stadthalle für einen Kinokomplex. Parkplätze und eine Bushaltestelle sind vorhanden.

Auf evtl. lieb gewonnenes zu verzichten fällt schwer, jedoch wollen und müssen wir den Bürgern klarmachen, dass nicht alles bezahlbar ist, denn die Prokopfverschuldung in Velbert nähert sich mit großen Schritten in Richtung 2.000,-- Euro, die Schulden aus Kreis, Land und Bund sind hier noch nicht berücksichtigt.

Als kleines Beispiel möchte ich kurz das geplante Sportzentrum anführen. Dieses Projekt weist zurzeit eine weitere Prokopfverschuldung von ca. 240,-- € auf.

Fragen wir doch z. B. eine vierköpfige Familie was sie in der Zukunft zu zahlen bereit ist und ob Sie tatsächlich jedes geplante Großprojekt der Politik und Verwaltung mittragen will. Das es auch anders geht hat uns die Stadt Langenfeld die nun schuldenfrei ist, vorgemacht.

Die Velberter Verwaltungsspitze scheint jedoch die derzeitige Finanzmarktkrise zur ihrem Verbündeten zu machen. Ihre Hilflosigkeit spiegelt sich in den Schlussworten der Haushaltsrede unseres Bürgermeisters wider. Hier fordert unser Bürgermeister Herr Freitag uns auf, dem vorliegenden Haushalt bedenkenlos zu zustimmen, wenn man keine alternativen Vorschläge machen könne.

Herr Bürgermeister Freitag, ich bin vor fast 10 Jahren voller Tatendrang hier in den Rat der Stadt Velbert gekommen und stelle in meiner Arbeit in den Ausschüssen fest, dass die Demokratie hier anders funktioniert als ich sie mir vorstelle.

Vorschläge zu einer soliden Haushaltsführung gab es in der Vergangenheit viele, jedoch nützen die besten Ideen nichts, wenn diese von den großen Parteien CDU/SPD und der Verwaltung nicht umgesetzt, sondern nur abgelehnt werden.

Ich darf Sie daran erinnern, dass die Verwaltungsspitze sowie die CDU und SPD auch in Zeiten sprudelnder Geldquellen, nicht bereit waren, Rücklagen für krisenhafte Zeiten und unerwartete Aufgaben zu schaffen.

Die Faszination in Aussicht gestellter Landesmittel, die Gier nach Fördergelder (die letztlich auch Steuergelder sind), hat letztlich immer dazu geführt, dass die Stadt in Projekte eingestiegen ist, die den Haushalt kurz- und langfristig durchlöcheren. Teure Gutachten wurden in Auftrag gegeben und wenn diese nicht in Ihr Konzept passte wurden sie einfach ignoriert.

Sämtliches Wunschdenken der beiden großen Parteien wurde in der Vergangenheit ohne murren und unkritisch von der Verwaltung aufgenommen. Ein Eingreifen oder ein klares Stopp von unserer ehemaligen Kämmerin oder Ihnen Herr Bürgermeister kam nicht. Im Gegenteil ,es erweckt den Anschein ,das unserer ehemaligen Kämmerin empfohlen wurde ,das „sinkende Schiff“ zu verlassen, damit man weiter wie bisher verfahren konnte und jetzt fordern Sie die kritischen Ratsmitglieder auf dem Haushalt unkritisch einfach zuzustimmen.

Ich darf Sie höflich daran erinnern, dass bereits 2008 die IHK die Verwaltung und den Rat ermahnte, dass das vorgelegte Konsolidierungsprogramm unbedingt umgesetzt werden müsse. Wie weit unser Bürgermeister bereits von der Realität entfernt war, ist der Überschrift seiner Haushaltsrede 2008 zu entnehmen, ich zitiere: „Weiter sanieren – weiter modernisieren – weiter investieren“ und heute betiteln Sie, Herr Bürgermeister Freitag Ihre Rede: „Die Krise ist auch bei uns angekommen“.

Das zentrale Problem in Velbert ist weniger der mangelnde Gestaltungsraum, sondern primär der fehlende politische Wille der CDU / SPD Mehrheit mit der Verwaltungsspitze endlich das Ruder umzureißen.

Wir fordern vom Bürgermeister, für eine seriöse Haushaltspolitik zu sorgen. Angesichts der drohenden Haushaltssicherung gibt es nur zwei Möglichkeiten:

Es wird gezielt gespart und kostspielige Großprojekte werden auf unbestimmte Zeit zurück- gestellt oder die Auswirkungen der Haushaltssicherung treffen die Stadt Velbert im Jahr 2010 mit voller Wucht.

Wir, die Sozial-Liberale Bürger, sind der Überzeugung, dass nur ein solider Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung und notwendigen Zukunftsinvestitionen eine gute Basis für ein solides Haushaltspapier wäre. Unsere Vorschläge sollen hilfreich sein, den Haushalt zu stabilisieren.

Deshalb fordere ich die Verwaltung und die Politik auf, sämtliche Großbauprojekte kostengünstiger zu überarbeiten, die Verwaltung ernsthaft zu verschlanken und darauf zu verzichten, die Bürger insbesondere die Familien mit Kindern noch mehr zu belasten.

Der ganzen Verwaltung danke ich für die gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen für die Zukunft gute Nerven und starkes Durchhaltevermögen.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich den Begründer der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhardt zitieren: „ Der Aufblähung der öffentlichen Haushalte muss Einhalt geboten werden und darum muss der Staat aus unternehmungswirtschaftlichen Aufgaben, aber auch aus anderen privaten Lebensbereichen, auf seine legalen Aufgaben zurückgedrängt werden.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Fraktion „DIE LINKE“

Harry Gohr (Vorsitzender)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister
Meine Damen und Herren.

Unsere Fraktion hat sich sorgfältig mit dem vorgelegten Haushalt beschäftigt. Wir bedanken uns zunächst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung für Ihre Bereitschaft uns den Entwurf des Haushalts sachkundig vorzustellen und unsere Fragen zu beantworten.

Es gibt ernsthafte Bemühungen, manches in unserer Stadt zum Wohle der Bürger auch unter erschwerten finanziellen Bedingungen voranzubringen. Viele Maßnahmen haben im Rat und in den Ausschüssen auch unsere Zustimmung gefunden. An unserem Willen, konstruktiv an der Gestaltung unserer Stadt mitzuwirken, hat es nicht gefehlt und wird es auch in Zukunft nicht fehlen.

Schwierig waren die Haushaltsberatungen unter anderem deshalb, weil die Krise des Kapitalismus auch unsere Stadt berührt. Das neoliberale System befindet sich in seiner bisher schwerwiegendsten Krise. Das beweisen viele Tausend Arbeitslose und Kurzarbeiter in unserer Stadt und Region.

Angesichts der für den einfachen Bürger kaum erfassbaren Zahlen von Billionen und Milliarden in diesem Finanzsystem verbrannten Euros, und der großzügigen Bereitschaft den Verantwortlichen für diese Krise Milliarden aus Steuereinkünften zu bewilligen, erscheinen die Summen unseres Haushalts als „Peanuts“.

Wir wiederholen auch in diesem Jahr, dass eine Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung auf Dauer nicht möglich ist ohne eine grundlegende Reform der Verteilung des Steueraufkommens zu Gunsten der Städte und Gemeinden. In dieser Forderung waren wir uns in den vergangenen Jahren zwar zumeist einig, geändert hat sich jedoch nichts.

Angesichts der unermesslichen Großzügigkeit unserer Regierung bei der Geldschöpfung für marode Banken sollten wir umso deutlicher nicht um Almosen betteln, sondern das Gewicht der Kommunen deutlich einsetzen, um den Forderungen nach einem gerechten Verteilungssystem Nachdruck zu verleihen. Wir begrüßen die weitere Umsetzung der Ganztagsbetreuung an den Grund und weiterführenden Schulen. Den Neubau der Hauptschule an der Grünstrasse im Ganztagsbetrieb haben wir immer unterstützt und wir werden dies auch weiterhin tun, obwohl DIE LINKE die Dreigliedrigkeit des Schulsystems grundsätzlich ablehnt.

Die Tatsache, dass auch in diesem Jahr wieder weit über 200 Schülerinnen und Schüler von der Velberter Gesamtschule abgelehnt werden mussten, bestätigt unsere bildungspolitischen Konzepte.

Dem Finanzierungsmodell der neuen Hauptschule mit einem PPP Modell haben wir nicht zugestimmt, weil die Realisierung durch einen privaten Investor in zahlreichen Städten bereits zur Kostenfalle wurde. Dass privat besser als Staat sei, wurde dabei bereits oft als reines Glaubensbekenntnis enttarnt. Die Profite, die der Private erwirtschaftet, müssen nämlich von der Stadt bezahlt werden. Wir sehen deshalb in dem Finanzierungsmodell PPP eine Enteignung der Bürger, indem Gewinne privatisiert und Verluste vergesellschaftet werden.

Die Linke hatte der Fusion zum Rheinisch- Bergischen Stadtwerke Verbund (RBSV) nicht zugestimmt weil wir eher Kooperationen mit Kommunalen Versorgern für sinnvoll halten. Es ist uns vor allen Dingen völlig unklar, wieso den Mehrheitsparteien quasi erst im letzten Moment auffiel, wie unseriös das Gutachten war. Anstatt weiterer Privatisierung fordern wir eine komplette Rekommunalisierung der Stadtwerke und interkommunale Kooperationen. Wasser und Energie gehören zur Daseinsvorsorge und müssen in öffentlicher Hand sein, damit sie nicht zum Spielball von Konzernen werden. Deren Interessen orientieren sich nämlich nur am maximalen Gewinn und nicht am Gemeinwohl. Auch der Veräußerung von weiteren Anteilen der Stadtwerke an RWE steht DIE LINKE ablehnend gegenüber. Durch den Verkauf fließt zwar kurzfristig Geld rein, aber es entgehen der Allgemeinheit langfristige Gewinnausschüttungen. Wir befürchten dass dadurch andere Kommunaleinrichtungen z.B. unsere Bäder oder die Finanzierung des Nahverkehrs erneut zur Diskussion stehen und wir uns noch mehr vom Energieriesen RWE abhängig machen.

Doch DIE LINKE sieht auch Einsparpotential im Haushalt. Zum einen ist dies das von uns abgelehnte Sportzentrum, welches jetzt und auf Jahre hinaus den städtischen Haushalt belasten wird. Bei diesem Prestigeprojekt von Bürgermeister und Ratsmehrheit lassen sich große Summen einsparen, die zum Beispiel für den Schul und Breitensport eingesetzt werden können.

Weitere nicht unerhebliche Summen kann die Stadt mit dem Verzicht auf die vielen Beraterkosten erzielen. Stattdessen sollte der Sachverstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung vielfältiger genutzt werden.

Entgelterhöhung beim Sport und im sozialen Bereich wie die Anhebung der Gebühren für Kindergartenbetreuung, fürs Mittagessen in Gangtagsschulen und für die Benutzung der Stadtbücherei lehnen wir ab. Sanierung des Haushalts durch weitere Belastungen der Bürger sind für uns nicht vertretbar.

Auch bei der Jugend darf nicht gespart werden. Das bewährte Projekt „Streetworker Bus“ muss nach erfolgreichen 12 Jahren weiter geführt werden und die erforderlichen Mittel müssen bereitgestellt werden. Die wichtige und erfolgreiche Jugendarbeit gibt es nicht zum Nulltarif,

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft daran sollten wir nicht sparen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit